

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 A.  
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 1. April 1899.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 30 A  
Redaktion und Expedition:  
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Zu unserer Generalversammlung. — Zum Gewerkschaftskongreß. — Arbeiter und Unternehmer in England. — Aus Böttcher's Nachlaß. — Agitation. — Zu den Einigungsbestrebungen der Formier. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Litterarisches.

## Zur Beachtung.

### Zuzug ist fernzuhalten:

- von Aluminiumschlägern nach **Fürth** (G. Weiß) Str.;
- von Brillen- u. Pincenezarbeitern nach **Kathenow** (Ritsche & Günther);
- von Bronzearbeitern nach **Lukenwalde** (Herzog & Co.) H.
- von Drehern, Hoblern und Schlossern nach **Dresden** (Fischer & Wünsch);
- von Drehern, Schlossern und Mechanikern nach **Höveln** (Otto u. Geber);
- von Fahrradarbeitern nach **Freiburg i. S.**;
- von Feilenbauern u. nach **Chemnitz** (Reimling) Str., nach **Frankenthal** und **Speyer**, nach **Halle a. S.** (Ummendorfer Feilen- u. Maschinenfabrik), nach **Meißen-Cölln** a. d. Elbe, nach **Stettin** (Platz);
- von Feilen- u. Schleifern nach **Leipzig** (Räbner) Str.;
- von Formern nach **Jalen** in Würtemb. (Firma Rieger, Inh.: Blohm & Zeller), nach **Alt- und Neugersdorf** (Oberlausitzer Eisengießerei Thiele & Lindner) Str., nach **Sielefeld** (Temperformer) (Firma W. Kramer), nach **Delmenhorst** (Gries & Co.), nach **Höveln** (Maschinenfabrik (F. Haase) Str., nach **Dortmund** (Weißner), nach **Essen** a. Ruhr, nach **Niedrichsdorf** b. Piel (Höwals-Berke) Str., nach **Eslingen** (Fr. Müller), nach **Halle a. S.** Büschdorf (Jakobi), nach **Heilbronn** (Wolff), nach **Kottbus** (H. Welt) Str., nach **Lauchhammer** W., nach **Leusdorf a. Gardt** (Firma Reich), nach **Nürnberg** (Schudert) Str., nach **Oldes** i. Westf. (Kröger u. Nabe), nach **Stavanger** in Norwegen (Stavanger Stöberi & Dot) Str.;
- von Metallarbeitern nach **Bünde** in Westfalen, nach **Lambrecht-Frankend** (Hemmer) W., nach **Leipzig** (Jäger & Rothe) Str., nach **Pölnick** (Camillo Walthers), nach **Birndorf** (Holz & Hammerbacher) Str.;
- von Metallrüdern nach **Nürnberg** (Dannhorn) R.;
- von Polirern nach **Gablenz** (Riemann);
- von Meißzeugmachern nach **Nürnberg** (Eckert & Sohn) Str.;
- von Schlägern nach **München**;
- von Silberschlägern nach **Fürth** und **Schwabach**;
- von Siebmachern nach **München**;
- von Schlossern nach **Delmenhorst** (Gries & Co.).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; U.: Ausperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

## Zu unserer Generalversammlung.

Die vierte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes tritt am 4. April in Halle a. S. zu ernster Arbeit zusammen. Mit freudigen Gefühlen und froher Zuversicht können die Verbandsgenossen dem diesjährigen Zusammentritt ihrer höchsten Instanz entgegensehen. Hat doch der Verband zur Zeit eine Bedeutung erreicht sowohl an Umfang wie innerer Kräftigung, die wir vor einigen Jahren noch nicht zu hoffen gewagt haben. Der eifrigen unermüdbaren Thätigkeit der Verbandsgenossen ist es gelungen, den D. M.-V. zur zahlreichsten Arbeiterorganisation Deutschlands zu machen.

Nicht leicht ist es uns geworden, diese Stufe zu ersteigen: so sturmbelegt die Vorgeschichte des Verbandes, so schwer die Geburtswehen bei seinem Inslebentreten, so dornenvoll und ereignisreich war der Weg von der Gründung in Frankfurt a. M. 1891 bis heute. Hindernisse mannigfaltiger Art waren dabei zu überwinden, wozu sich noch zeitweise die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse gesellte.

Allein, blicken wir auf den zurückgelegten Weg zurück, so befeelt uns nur noch die Genugthuung über die Erfolge, die wir trotz alledem errungen, über die Fortschritte, die wir gemacht haben. Gering war die Mitgliederzahl, welche der Verband in den ersten Monaten nach seiner Gründung August-September 1891) aufwies, es waren ihrer nur zirka

14,000, die bis dahin aus den lokalen Vereinen übergetreten waren. Seine Entwicklung veranschaulichen in Kürze einige Zahlen. Der Verband zählte:

Ende 1891 . . . . .	22,875 Mitglieder
" 1892 . . . . .	25,969 "
" 1893 . . . . .	28,429 "
" 1894 . . . . .	33,406 "
" 1895 . . . . .	33,189 "
" 1896 . . . . .	49,954 "
" 1897 . . . . .	59,890 "
" 1898 . . . . .	75,431 "

Wir sehen also mit einer Ausnahme im Jahre 1895, wo in Folge Beitragserhöhung und gleichzeitiger Reduktion der Reiseunterstützung vorübergehend ein kleiner Rückgang an Mitgliedern eintrat, eine stetige Aufwärtsbewegung. Das Erfreulichste an diesen Zahlen ist: sie geben uns die Gewähr, daß unser Verband auch in Zukunft sich vorwärts entwickeln, daß er sich innerlich kräftigen und so immer mehr zu einer wirklichen Kampfesorganisation gestalten werde.

Der bevorstehenden Generalversammlung wird es beschieden sein, auf die fernere Gestaltung des Verbandes bestimmenden Einfluß auszuüben. Außer der Erledigung der regelmäßigen geschäftlichen Angelegenheiten ist es ihre Aufgabe, wichtige, tief einschneidende Fragen ihrer praktischen Lösung entgegen zu führen, Fragen, die im Verbands bereits langjährige und lebhaft Diskussionen hervorgerufen haben. Die projektirte Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird ohne Zweifel den Hauptpunkt der Diskussion auch auf der Generalversammlung bilden. Es wäre müßig, wenn wir heute Vermuthungen, Berechnungen über das wahrscheinliche Resultat der Abstimmung hierüber anstellen wollten. Es werden noch einmal alle Gründe für und wider dargelegt werden, und wir zweifeln nicht, daß die Delegirten sich bei ihrem Votum von keiner andern Rücksicht leiten lassen als von der: das Wohl des Verbandes und aller seiner Glieder zu fördern.

Der III. deutsche Gewerkschaftskongreß, der am 8. Mai in Frankfurt a. M. stattfindet, wird die Generalversammlung ebenfalls beschäftigen. In erster Linie soll sie nach dem Antrage des Vorstandes die Delegirten hierzu wählen; dieser sowie die übrigen hiezu gestellten Anträge dürften wenig Anlaß zu Debatten geben. Das bisherige Verhältniß zur Generalkommission zu lösen, wie beantragt ist, liegt unseres Erachtens kein Grund vor. Wir halten es für unsere Pflicht, auch den Beschlüssen der allgemeinen Gewerkschaftskongresse, an denen unsere Delegirten mitgewirkt, nachzukommen.

Ein weiterer Punkt, zu dem die Generalversammlung ihre Meinung unzweideutig zu bekunden haben wird, ist die Organisationsfrage der Formier. Unsere Verbandsgenossen kennen die verschiedenlei Bestrebungen, die auf eine Vereinigung der bis jetzt in zwei Gruppen marschirenden Arbeiter der Gießereien abzielen. Wir haben diese Frage in voriger Nummer eingehend besprochen, es erübrigt sich deshalb für heute ein weiteres Eingehen auf diese Sache.

Außer diesen durch die Tagesordnung erkennbaren wird die Generalversammlung noch viele wichtige Fragen zu entscheiden haben, die alle bereits in der Diskussion in diesem Blatte mehr oder weniger gestreift wurden: Eintheilung des Verbandes in Gaue, Anstellung von besoldeten Bezirksbeamten u. c.

Bei Entscheidung aller dieser Angelegenheiten werden für die Delegirten mitbestimmend sein die gegenwärtigen politischen und sozialen Zustände. Wir leben in Zeichen des Scharfmacherkurzes; die herrschenden Kreise möchten den Arbeiterorganisationen lieber heute als morgen den Garaus machen; Pobjadowsky und seine Getreuen wollen zu einem Schlage auf das Koalitionsrecht ansetzen. Die gegenwärtige Situation hat Aehnlichkeit mit der des Jahres 1891. Auch damals plante man durch die Novelle zur Gewerbeordnung das Koalitionsrecht zu konfiszieren und die Ausperrung zum Streik kriminell zu bestrafen. Unter dem Eindruck dieses Vorhabens rief uns damals der Dichter des Proletariats,

unser unvergeßlicher Jakob Ludorf, in seinem Gruß an die Delegirten des Frankfurter Metallarbeiter-Kongresses u. A. zu:

Schau hin! In mächt'gen Unternehmer-Ringen  
Errichtet man uns ein laubdichtes Joch;  
Man möchte zur Leibeigenschaft uns zwingen  
Und hofft, daß wir uns endlich beugen doch;  
Ihr Haupt erheben stolz die Schlotbarone,  
Zu Willen haben sie die Staatsgewalt.  
Dem wahren, reinen Menschenthum zum Hohne  
Kürzt man das Recht in jeglicher Gestalt.

Doch Brüder, uns, die wir die Erze bringen  
In jede Form, und die wir das Metall,  
Das widerstrebende, zum Dienst uns zwingen.  
Wir stehen fest, uns bringt man nicht zu Fall!  
Wir lernen früh schon Geist und Kräfte stählen,  
Wir sind das Rückenmark der Industrie,  
Und ob man sucht tyrannisch uns zu quälen,  
Das Zutrau'n in die eigne Kraft verläßt uns nie.

Sowohl, man kann der Arbeiterbewegung wohl momentan Fesseln anlegen, sie in ihrer freien Entwicklung hemmen — auf die Dauer wird das jedoch nicht gelingen. Mit elementarer Macht werden die im gesellschaftlichen Körper wirkenden Kräfte die Fesseln früher oder später sprengen.

In dem Ringen nach einer besseren schöneren Zeit haben die Metallarbeiter jederzeit ihren Mann gestellt, sie werden auch weiterhin nicht die letzten sein, wenn es gilt, der Arbeit Rechte zu vertreten. Von diesem Geiste befeelt, werden die Delegirten in Halle ihre Arbeiten erledigen, und wir entbieten ihnen dazu ein herzliches Glück auf!

## Zum Gewerkschaftskongreß

Schreibt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im „Correspondenzblatt“:

Der dritte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, der am 8. Mai d. J. in Frankfurt a. M. stattfindet, wird weniger als sein Vorgänger sich mit organisatorischen Fragen zu beschäftigen haben. Die Gewerkschaften befinden sich nach wie vor in günstiger Entwicklung, und steigende Mitgliederzahl, sowie größere finanzielle Leistungsfähigkeit führen selbstverständlich zu dem Bestreben, den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen. Es ist eine immer wiederkehrende Erscheinung, daß die Fragen der Organisationsänderung in der Periode des durch die wirtschaftliche Konjunktur bedingten Stillstandes oder Rückschlusses der Gewerkschaften auftauchen und dann mit einer Heftigkeit diskutiert werden, als hänge von der Aenderung der Organisationsform die Existenz der Organisationen selbst ab. Zur Zeit des ersten Gewerkschaftskongresses, 1892, waren in den Zentralvereinen 237,000 Mitglieder, 1896 wurden 329,000 Mitglieder gezählt, während gegenwärtig, bei einer Zunahme von rund 75,000 im Jahre 1898, zirka 487,000 Mitglieder in den Zentralvereinen sind. Gegenüber dem Jahre 1892 ist dies eine Zunahme von rund 250,000 Mitgliedern. Dieser Zuwachs ist nicht allein durch die wirtschaftliche Konjunktur bedingt, sondern es haben die Verfolgungen, welche in den letzten Jahren die Gewerkschaften zu erdulden hatten, wesentlich zu ihrer Ausdehnung beigetragen.

Aber diese Aufwärtsbewegung im Gewerkschaftsleben ist nicht allein der Grund, daß Organisationsfragen nur eine untergeordnete Stelle in den Debatten des nächsten Kongresses einnehmen werden. Diese Fragen dürften durch die Debatten der vorherigen Kongresse in der Hauptsache ihren Abschluß gefunden haben. Der erste Kongreß gab die Richtschnur, nach welcher sich die Organisation in den einzelnen Berufen vollziehen sollte. Der zweite Kongreß erörterte eingehend die Verbindung der Gewerkschaften in der Generalkommission und dürfte dem nächsten Kongreß

nur die Erörterung darüber vorbehalten bleiben, diese Verbindung für die einzelnen Organisationen und die gesamte Gewerkschaft nutzbringender zu gestalten. Es wird deshalb der Berathung anderer, für die Gewerkschaften wichtiger Fragen ein größerer Spielraum gegeben sein, als dies auf den früheren Kongressen der Fall war. Dementsprechend ist auch die Tagesordnung des Kongresses gestaltet.

Soweit die nutzbringendere Gestaltung der Institution der Generalkommission in Betracht kommt, liegt der von der Konferenz der Redakteure der Gewerkschaftspressen gestellte Antrag vor, die Berichtigungsgefeßgebung gemeinverständlich zu bearbeiten, die Arbeiter mit derselben mehr vertraut zu machen und dadurch der Verschlechterung dieser Geseße vorzubeugen und für deren Verbesserung zu wirken. Eine weitere Anregung geht dahin, das „Correspondenzblatt“ zu erweitern und zu einer gewerkschaftlichen Revue umzugestalten, da eine Meinungsverschiedenheit über die Nothwendigkeit und Existenzberechtigung der Generalkommission unter den Gewerkschaften nicht mehr vorhanden ist, und mit Ausnahme der Gasarbeiter und Maschinisten, bei denen besondere Umstände den Anschluß an die Generalkommission bisher noch hinderten, alle Zentralvereine dieser angeschlossenen sind, so werden die erwählten Fragen der Erweiterung des Thätigkeitsgebietes der Generalkommission nur von dem Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit und der praktischen Durchführung geprüft werden. Es wird hierbei allerdings die Beitragsleistung an die Generalkommission respektive deren bisherige finanzielle Fundirung zu berücksichtigen sein.

Trotzdem dürfte die Erörterung dieser Punkte nicht entfernt den Raum in den Kongreßverhandlungen einnehmen, als dies der Fall auf den früheren Kongressen bezüglich der Thätigkeit der Generalkommission gewesen ist, so daß den anderen wichtigen Tagesordnungspunkten die Aufmerksamkeit geschenkt werden kann, die ihnen bisher in den Kongreßverhandlungen nicht gewidmet werden konnte.

An erster Stelle steht die Frage des Koalitionsrechtes. Es ist unbedingt erforderlich, daß die Vertreter der organisierten Arbeiter eine Antwort ertheilen auf die Hejereien gegen die Gewerkschaften, die von Leuten ausgehen, welche offen die Geseße übertreten und den Arbeitern den winzigen Rest des Vereinigungsrechtes rauben wollen, um die Ausbeutung der Arbeitskraft ungestörter betreiben zu können.

Der Tagesordnungspunkt: „Die Gewerbeinspektion“, soll weniger zu einer Erörterung der Mängel der diesbezüglichen Geseßgebung und zur Formulierung von Verbesserungsanschlüssen, als vielmehr zu einer Besprechung darüber führen, welchen Antheil die Gewerkschaften an der Ausführung der Inspektion nehmen können. Es ist deshalb auch vorgesehen, daß die in den einzelnen Industriegruppen nothwendige und mögliche Gewerbeinspektion in besonderen Referaten behandelt werden soll. Neben einem Referat über die Gewerbeinspektion im Allgemeinen sollen besonders erörtert werden: Die Kontrolle der Banken, die Berginspektion, die Hafeninspektion und die Gewerbeaufsicht im Kleinhandwerk und in der Hausindustrie.

Der Streit über die Tariffgemeinschaft im Buchdruckgewerbe gab indirekt Veranlassung, den Punkt „Tarife und Tariffgemeinschaften im gewerkschaftlichen Kampfe“ auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen. Keineswegs aber soll der Buchdruckerarif die Grundlage für die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes abgeben. Er wird, da er der einzige Tarif ist, der für ganz Deutschland Gültigkeit erlangen soll, aus der Debatte nicht ganz auszuschneiden sein, doch dürfte sich diese in der Hauptsache dahin bewegen, die Grenze zu bestimmen, bis zu welcher Tariffgemeinschaften von Nutzen für die Arbeiter sind. Prinzipielle Gegner der Tariffgemeinschaft dürfte es unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern kaum geben, so daß auf dem Kongreß trotz der heftigen Auseinandersetzungen, welche die Tariffgemeinschaft der Buchdrucker herbeiführte, ein Auseinanderplatzen der Meinungen kaum zu erwarten ist.

Die Arbeitsvermittlung hat den letzten Gewerkschaftskongreß bereits beschäftigt, doch konnte dort die Sache nicht in dem Maße besprochen werden, wie dies dringend erforderlich ist. Die Antheilnahme der Gewerkschaften in Süddeutschland an den städtischen Arbeitsnachweisen, das Eintreten größerer Gewerkschaftskreise in Berlin für partielle Arbeitsnachweise und vor Allem der Vorstoß der Unternehmer, die Arbeitsvermittlung zu einem Monopol für sich anzugestalten, machen eine ernste und eingehendere Behandlung der Frage absolut erforderlich. Die Meinungen sind in Gewerkschaftskreisen außerordentlich getrennt und wird es gerade hier schwer fallen, eine alle Theile

befriedigende Lösung herbeizuführen. Die Arbeitsvermittlung wird so lange ein Schmerzenskind der Gewerkschaften bleiben, wie diese nicht stark genug sind, den Arbeitsmarkt so zu beeinflussen, daß die Arbeitsnachweise der Unternehmer Fiasko machen. Hier ist nicht die Zahl der Mitglieder der Organisation, sondern auch die innere Einrichtung der letzteren, Ausbau des Unterstützungswesens ausschlaggebend.

Bezüglich der Arbeitersekretariate soll der Kongreß nicht nur über Zweckmäßigkeit und innere Einrichtung, sondern auch darüber berathen, ob der Nutzen dieser Einrichtung nur den organisierten Arbeitern, welche die Kosten tragen, zufallen soll, oder ob allen Denen, welche die Hilfe der Sekretariate in Anspruch nehmen wollen, solche geboten werden soll. Auch hier dürfte eine Verständigung herbeigeführt werden, ohne daß es zu lebhafteren Erörterungen kommen wird.

Nach der Diskussion, welche sich im vorigen Jahre über die Kompetenzen der Gewerkschaftskartelle entsponnen hatte, könnte man annehmen, daß die Behandlung dieser Angelegenheit auf dem Gewerkschaftskongresse große Meinungsverschiedenheiten hervorrufen würde. Der größere Theil der Kongreßdelegirten dürfte den örtlichen Gewerkschaftskartellen als Vertreter ihrer Gewerkschaften angehören. Es werden also die Interessen der Kartelle in ausreichendem Maße vertreten werden, ohne daß eine Sonderdelegation der Kartelle erforderlich ist. Diese ist aus dem einfachen Grunde unmöglich, weil dadurch eine Doppelvertretung bestimmter Kreise der organisierten Arbeiter herbeigeführt wird.

Die Kartelle sind heute, da Lokalvereine in denselben kaum in Betracht kommen, ein Theil der Zentralorganisationen und können deshalb prinzipielle Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Thätigkeitsgebietes der Gewerkschaftskartelle kaum entstehen. Auch hier wird die praktische Erfahrung bestimmend sein, die besonders auf dem Gebiete der Streikunterstützung durch die Kartelle in den letzten Jahren gemacht ist. Es handelt sich gegenwärtig nicht darum, eine Kollision, die zwischen Zentralverbänden und Gewerkschaftskartellen besteht, zu beseitigen, sondern einer solchen Kollision vorzubeugen.

Der Gewerkschaftskongreß dürfte sich neben anderen, in der Tagesordnung nicht erwähnten Punkten auch mit der Regulirung der Gehälter der Gewerkschaftsbeamten und Redakteure der Gewerkschaftspressen beschäftigen. Diese Frage ist für die Fortentwicklung und innere Festigkeit der Gewerkschaften von eminenter Bedeutung.

Das Arbeitsgebiet des Kongresses ist ein sehr umfangreiches und dankbares, und ist zu erwarten, daß auch dieser Kongreß, gleich seinen Vorgängern, neue Anregung zum Fortschritt in der Gewerkschaftsbewegung geben wird.

## Arbeiter und Unternehmer in England.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Unternehmer steht gewissermaßen im Verhältniß zu der Wechselwirkung zu einander, indem die Organisation der einen die Organisation der anderen veranlaßt und auch in weiterer Folge immer die eine Partei das nachmacht, womit ihr die andere vorausgeeilt ist. Es geht hier auf dem wirtschaftlichen Kampffelde genau so wie auf dem Gebiete des Militarismus, wo ein fortwährendes Wettrennen um die beste Armeeorganisation, um die besten Gewehre, Kanonen u. s. w. stattfindet.

Nicht als in Deutschland z. B. ist das Wettrennen der Unternehmer mit den Arbeitern auf dem Gebiete der Organisation in England, wo sie schon mehr oder weniger starke Vereinigungen bildeten, als diese noch gar nicht das geistliche Koalitionsrecht besaßen, sondern in Geheimbänden organisiert waren. In neuerer Zeit sind sie, vor etwa 10 Jahren, daran gegangen, sich eigene Schutztruppen mit rüchständigen Elementen gegen die Eventualität von Arbeitseinstellungen zu schaffen. Wie eine militärische Abtheilung wurden diese organisierten Streikbrecher je nach Bedarf von Ort zu Ort geführt, um die Bestrebungen der organisierten ehelichen Arbeiter zu vereiteln. Der Gedanke, eine Streikbrecherarmee zu organisieren und sie durch die Unternehmerorganisation zu kommandieren, war gewiß nicht schlecht, aber die englischen Kapitalisten werden heute wohl kaum ansetzen, zuzugeben, daß er trotz der jahrelangen Bemühungen, ihm mächtige Gefalt zu geben, kläglich Fiasko gemacht hat. Die Streikbrecherorganisation hat weder die weitere Stärkung und Entwicklung der Trades-Unions noch die Lohnkämpfe zu verhindern vermocht.

Der große Maschinenbauerstreik von 1897 hat auf die Organisationen der Arbeiter wie der Unternehmer eingewirkt. Zunächst hatte er eine be-

deutende Stärkung des Verbandes der Maschinenbau-Strikellen zur Folge und sodann führte er zu einer Konferenz von Delegirten der Trades Unions zur Erörterung der Frage, ob gegenüber dem Zusammenschlusse der Unternehmer und der Erhöhung ihrer Widerstandskraft nicht auch die Gründung eines Gewerkschaftsbundes der Arbeiter angezeigt sei. Die Sache beschäftigte sodann den vorjährigen, in Bristol stattgefundenen Gewerkschaftskongreß, der eine Kommission zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit bestellte und nun im Januar dieses Jahres wurde der neue Bund auf der Konferenz in Manchester gegründet.

Es hätte keinen Werth mehr, heute noch auf die mehrtägigen Verhandlungen über das Zentralisationsprojekt ausführlich einzutreten. Die Konferenz war von 280 Delegirten besetzt, welche rund 1 Million Gewerkschaftsmitglieder vertraten. 756,000 derselben stimmten durch ihre Vertreter für und 204,000 gegen den neuen Bund. Das beschlossene Bundesstatut bestimmt den Zweck der neuen Organisation mit folgenden Sätzen:

1. „Das Recht der Arbeiterorganisationen hochzuhalten; die allgemeine Lage der Arbeiter und ihre gesellschaftliche Stellung in jeder Richtung durch Führung einer Politik zu verbessern, die ihnen die Macht erwirbt, die ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen zu bestimmen, unter denen sie arbeiten und leben sollen; die Konsolidirung der Arbeiterklasse als Ganzes; die Herstellung einer einheitlichen Aktion für alle vom Bunde umschlossenen Gewerkschaften.“

2. „Die Förderung des sozialen Friedens und Verhinderung von Ausständen oder Arbeitsperren zwischen Arbeitern und Unternehmern, und Streitigkeiten zwischen Gewerben und Organisationen durch alle Mittel freundschaftlicher Schlichtung, wie Einigung, Vermittlung, Schiedspruch oder die Errichtung dauernder (Schieds-)Aemter; im Falle Ausbruchs von Streitigkeiten zu ihrer Beilegung durch gerechte, auf gleichen Rechte basirte Methoden zu wirken.“

3. „Bildung eines Fonds behufs gegenseitiger Unterstützung und für Durchführung der vorerwähnten Zwecke.“

Jede dem Bunde beitretende Gewerkschaft hat für 90 Prozent ihrer Mitglieder ein Eintrittsgeld von 1 Penny (= 8 1/2 S) pro Kopf sowie die Hälfte des auf ein Mitglied entfallenden Antheils an dem Gewerkschaftsvermögensfonds als Zuschuß für Ansammlung eines Bundesvermögens zu zahlen. An regelmäßigen Beiträgen haben die schwächeren Gewerkschaften 25 S pro Vierteljahr und pro Mitglied (der 90 Proz.) und die stärkeren 50 S zu entrichten. Im Falle der Arbeitseinstellung zahlt sodann der Bund an die streikenden Mitglieder der ersteren Kategorie 2 1/2 M wöchentlich Unterstützung und an die der anderen 5 M, aber nur dann, wenn der Streik vom leitenden Komitee des Bundes anerkannt ist. Die Unterstützung wird erst nach einjähriger Beitragsleistung an den Bund und nach erfolgter Nachweisung gezahlt, daß die betreffende Gewerkschaft genug Mittel hat, an 10 Proz. ihrer Mitglieder während 8 Wochen die denselben zustehende statutengemäße Ausstandsunterstützung zu bezahlen. In den Zentralsauschuß des Bundes wählen die Gewerkschaften mit 10,000 Mitgliedern und darunter je einen Vertreter, solche mit 10,000 bis 25,000 Mitgliedern je 2, solche mit 25,000 bis 50,000 je 3 und die noch größeren Gewerkschaften je 4 Vertreter.

Den Arbeitern waren die Unternehmer mit der Gründung eines allgemeinen Unternehmerverbandes, der ein Gegengewicht gegen die Macht der Gewerkschaften bilden soll, vorausgeeilt und fast zu derselben Zeit, da die Konferenz der Arbeiter in Manchester tagte, waren die Vertreter des genannten Verbandes versammelt, um nach dem Vorbild des seit langer Zeit bestehenden parlamentarischen Komitees der Gewerkschaften ein solches für sich, für die Unternehmerwelt einzusetzen. Das geschah und in einer öffentlichen Erklärung wurde die Einsetzung wie folgt begründet:

„Die Bildung des parlamentarischen Komitees, welches die sämtlichen Unternehmer der vereinigten Königreiche vertritt, ist dadurch nothwendig geworden, daß das Parlament sich, mit Rücksicht auf den Wahlstimmenfang, mit Industriefragen befaßt, zum Nachtheil der Unternehmer wie auch der Arbeiter. Ferner ist die Gründung des parlamentarischen Unternehmerkomitees durch die sozialistische Tendenz der modernen Geseßgebung erforderlich geworden. Diejenigen, welche behaupten, die Arbeit zu vertreten und die organisiert sind, werden angehört, während man die Unternehmer, welche bisher nicht organisiert waren, nicht anhörte. Wir sind der Ansicht, daß die Bildung eines parlamentarischen Komitees, wie sie erfolgt ist, den Parlamentarismuskriegern, dem Gewerbeamtenministerium und selbst

der Regierung klar machen wird, daß in Arbeitsfragen und Streitigkeiten zwei Seiten zu betrachten sind. Das „*andī aliteram partem*“ wird zu Gunsten des Gewerbes und der Industrie in Kraft treten. Der Grundstein des Baues eines parlamentarischen Komitees der Unternehmer ist die Freiheit: die Freiheit der Unternehmer sowohl wie der Arbeiter.“

Die rührenden und beweglichen Klagen, die hier angestimmt werden, können nur heiter stimmen. Es erinnert an die Fabel von Wolf und Lamm, wenn die Kapitalisten, welche auch in England die politische Macht in Händen haben, jammern, daß sie nicht angehört würden, wohl aber die Arbeiter. Diese Leistung erinnert auch an König Stumm von Saarabien, der auch die Kühnheit besitzt, sich im Reichstag wie ein Klageweib hinzustellen und von der Nothwendigkeit, die armen Unternehmer durch Verschärfung der Gesetze gegen den „Terrorismus der Arbeiter“ zu schützen, phantasiert. Der Oberterrorist beklagt sich über den angeblichen Terrorismus der von ihm und seinesgleichen terrorisirten Arbeiter; so ist denn die Welt glücklich auf den Kopf gestellt. Freilich würde man trotz der obigen Erklärung in ganz England kaum einen solchen Schlotfeudalen finden, wie Stumm ist, mit Ausnahme des bekannten Herrn Siemens und der ist — preussischer Reserveleutnant!

Zugleich ist in der vorstehenden Erklärung neben der Begründung der Bestellung des parlamentarischen Komitees auch dessen Zweck angegeben, der in nichts Anderem besteht, als in der Wahrnehmung der Unternehmerinteressen im Parlament und der Regierung gegenüber in allen Fragen der sozialpolitischen Gesetzgebung. Der pathetische Schluß von der Freiheit der Unternehmer wie der Arbeiter klingt recht schön, aber er bedeutet im Zusammenhang mit den vorhergehenden Sätzen die neue Proklamation der alten Manchestertheorie, wonach sich der Staat mit seiner Gesetzgebung nicht in das Arbeitsverhältniß zu Gunsten der Arbeiter einmischen soll; zu Gunsten der Unternehmer hat der Staat noch zu allen Zeiten und in allen Ländern mit seinen Machtmitteln in das Arbeitsverhältniß eingegriffen, aber dagegen hat natürlich noch nie ein Kapitalist oder ein Handlanger der Herren etwas einzuwenden gehabt, dagegen richtet sich auch die Manchestertheorie nicht.

Der Zweck des parlamentarischen Komitees des Unternehmerbundes steht natürlich in voller Uebereinstimmung mit dem Zweck dieses Bundes selbst, worüber das Statut sich u. A. wie folgt ausläßt: „Die Föderation wird jedes in ihrer Macht liegende Mittel anwenden, die mannigfaltigen Interessen des britischen Handels und Gewerbes im In- und Auslande dadurch zu schützen, daß sie absolute Freiheit des Kontraktes zwischen Unternehmern und Arbeitern aufrecht erhält und vertheidigt und das Recht ausübt, ihre einzelnen Unternehmungen ohne Einmischung von Trades Unions, sei es innerhalb, sei es außerhalb der Betriebe zu leiten und zu verwalten.“

„Die Föderation behält sich das Recht vor, jeden Streik in einer vom Streikomitee zu bestimmenden Weise zu schlichten. Aber keine Firma, die in einem Streite ist, darf unter irgend welchen Umständen in eine Unterhandlung mit Trades Unions eintreten oder Unterhandlungen von Trades Unions anerkennen, bei Vermeidung der sofortigen Ausschließung aus der Föderation. Unterhandlungen und Mittheilungen aller Art müssen allein von der Föderation ausgehen.“

Die Schlußsätze bedeuten die völlige Einheitlichkeit des Vorgehens und des Handelns den Arbeitern gegenüber und damit eine Erhöhung der Macht der Unternehmer. Aber durch die Gründung des Gewerkschaftsbundes seitens der Arbeiter und der zentralisirten Zusammenfassung ihrer Berufsverbände ist die Stärkung der Unternehmerzentralisation zum größten Theile wieder paralysirt und beide Parteien stehen sich im Jahre 1899 gleich stark gegenüber wie 1898.

Diese Vorgänge in England sind auch für die deutschen Arbeiter lehrreich. Sie zeigen, daß man sich durch die organisatorischen Fortschritte der Unternehmer durchaus nicht verblüffen und entmutigen lassen darf, daß man sie nicht tragisch nehmen, sondern ihnen einfach das Paroli bieten soll durch den Fortschritt in den eigenen Organisationen. Ein Nachtheil für die deutschen Arbeiter gegenüber ihren englischen Klassen-genossen besteht nur in dem großen Unterschiede der beiden Staaten. England ist geradezu ein demokratisches Staatswesen, in dem die Arbeiter mit den anderen Bürgern gleichgeachtet und gleichberechtigt sind, in dem eine alte politische Freiheit herrscht, während Deutschland der nackte Klassenstaat, der nackte Militär-, Polizei- und Zuchtstaatsstaat ist, in dem die Arbeiter von den besitzenden und herrschenden Klassen verachtet, verfolgt und unterdrückt werden und das ganze Jahr

hindurch an ihrer völligen Rechtlosmachung gearbeitet wird. Glücklicher Weise hat das freche Gebahren einer wüsten Reaktion die deutschen Arbeiter nicht einzuschüchtern und abzuschrecken vermocht, sondern im Gegentheil ihren Kampfesmuth und ihre Kampfeslust erhöht und belebt und ihr Rückgrat gegenüber den Mächtigen gestählt. Auf sich allein gestellt, ist die deutsche Arbeiterschaft schon längst mündig und selbstständig und durch keinerlei Aspiration auf Titel, Orden und Privilegien zc. von den Herrschenden abhängig und durch solche Rücksichten in der Freiheit ihres Wollens und Handelns nicht beschränkt.

So werden die deutschen Arbeiter trotz der Ungunst der staatlichen Verhältnisse sich so wenig von den Unternehmerorganisationen überholen lassen, wie die englischen und die Kapitalisten wie bisher so auch in Zukunft durch die Macht ihrer Organisation trotzallem zwingen, mit ihnen zu unterhandeln und Konzessionen zu machen. Eine nach vielen Millionen starke, in Ausführung einer geschichtlichen Mission aufwärtsstrebende Klasse wird und muß siegen.

**Aus Böttichers Nachlaß.**

u. Als zu Anfang dieses Jahres die „*Trff. Btg.*“ die deutsche Sozialreform als steril bezeichnete und ihr jegliches positive Schaffen aberkannte, da erwiderte die amtliche „*Berliner Korrespondenz*“ höchst entrüstet mit einem langen Register von Vorwürfen, Absichten, Erhebungen, Zukunftsplänen, Entwürfen und Vorbereitungen, die alle das Gegenteil beweisen sollten, aber von Thaten doch so weit entfernt waren, daß die Kritik der „*Frankfurterin*“ völlig gerechtfertigt blieb. Jedoch das Eigenthümlichste an dieser Liste von sozialpolitischen Reformen war die Thatsache, daß es sich dabei um lauter Entwürfe und Vorbereitungen der Vera Bötticher-Berlepsi handelte und nicht ein einziges Stück davon spezifisch Posadowsky'schen Ursprungs war. Der allerneueste Scharfmacherkurs, der sich im ersten Jahre seiner Herrschaft vermaß, gänzlich „ohne Sozialreform“ regieren zu wollen, und der es dann zu Beginn der neuen Legislaturperiode des Reichstags für gut fand, sich mit einigen sozial-reformerischen Federn zu schmücken, mußte sich auch dieses höchst dürftige Kleid noch aus dem Nachlaß des Nebenministers borgen, weil er unfähig war, sich mit eigenen Federn zu schmücken. Und man mag über die Thaten des Kurzes Bötticher-Berlepsi noch so streng urtheilen, — der Reid seiner Nachfolger muß es ihm doch lassen, daß er wenigstens Vieles vorbereitet hat, denn der vielgewandte Bötticher hat in seinem Bestreben, wenigstens den guten Willen für die That zu geben, Vieles erheben und vorbereiten lassen, was in den Archiven und Aktenbüchern einer Wiederauferstehung harret. So zehrt der Kurz Posadowsky von den Hinterlassenschaften seines Vorgängers, denen auch alles das entnommen ist, was das gegenwärtige Regierungsprogramm an Sozialpolitik enthält, — die Invaliditätsnovelle und die Gewerbeordnungsnovelle. Nur ein Werk wird Posadowsky'schen Geistes sein, nämlich die angekündigte Vorlage zum Schutze der Arbeitswilligen, obwohl wir damit keineswegs behaupten wollen, daß Herr v. Bötticher ein solches Machwerk nicht auch fertig gekriegt hätte. Und gerade diese Vorlage verschweigt die „*Berl. Korresp.*“ wohlweislich in ihrem Register, obwohl selbst die Thronrede nicht Anstoß daran nahm, dieselbe der Rubrik „*Sozialreform*“ einzureihen.

Der Kurz Posadowsky begnügt sich indeß keineswegs mit der Herausgabe des sozialpolitischen Nachlasses Bötticher's, sondern er verbalhornisirt die Sozialreform auf seine eigene Weise, wovon gerade die jetzt vom Bundsrath angenommene und dem Reichstag zugegangene neueste Gewerbeordnungsnovelle einen deutlichen Beweis liefert. Schon die Auswahl der ihren Inhalt bildenden Materien ist bezeichnend; anstatt die seit Jahrzehnten nach verschiedenen Richtungen hin ausgeflidte Gewerbeordnung endlich einmal einheitlich und modern zu gestalten und den dringendsten sozialpolitischen Forderungen dabei Rechnung zu tragen, begnügt sich der neueste Entwurf, einen weiteren, dreifach gestückelten Lappen aufzusetzen, und zwar handelt es sich dabei um die Konzessionspflicht der gewerblichen Stellenvermittler und Gesindedermittler, um den sog. Konfektionsarbeiterchutz und um einen künftigen Schutz der Ladenangestellten. Sämmtliche drei Abschnitte enthalten ein feltames Gemisch sozialpolitischer und polizeilicher Vorschriften, deren erstere unzureichend und deren letztere eher schädlich als nützlich sind.

Der erste Theil, der die Mißstände der gewerblichen Stellenvermittlung beseitigen will, entpuppt sich bei näherer Prüfung als eines der bekannten kleinen Mittel für die Agrarier. Er will an Stelle der

jetzt bestehenden Gewerbe-Meldepflicht (§ 35,4) der Stellenvermittler und Gesindedermittler und zwecks Erweiterung des Rechts der Behörden, unzuverlässigen Personen den Betrieb dieser Gewerbe zu untersagen (§ 35,3), die Konzessionspflicht einführen; indeß soll die Verfassung der Konzession nicht von einer Bedürfnisfrage, sondern nur von Thatsachen, aus denen die Unzuverlässigkeit der Nachsuchenden hervorhebt, abhängig gemacht werden können. Die schamlose Auswucherung Arbeitsloser seitens der Stellenvermittler, namentlich in den Gast- und Landwirthschaftsberufen, im Gesindedienst, Seerberufen und im Bühnengewerbe sind seit Langem bekannt und haben den meisten Anstoß zur Gründung öffentlicher unentgeltlicher Arbeitsnachweise gegeben. Die 1895er Regierungserhebungen haben ferner die Thatsache bestätigt, daß ein großer Prozentjah dieser „*Gewerbetreibenden*“ theils vorbestraft ist, theils schlecht beleumundet und moralisch minderwerthige Elemente sind, wodurch die unlauteren Geschäftspraktiken derselben ihre besondere Erklärung finden. An diesem Mißstand wird aber die Konzessionspflicht ebenso wenig ändern, als die bisherige Möglichkeit des Gewerbeverbotes, da es in der Praxis wegen des Schweigens der Beteiligten sehr schwer möglich ist, einem Vermittler Unzuverlässigkeit und Uebervortheilung nachzuweisen, während andererseits die Verfassung der Konzession an alle irgend mit einem Gesetz in Konflikt gekommenen Personen zu den größten Willkürlichkeiten führen könnte.

Die Praxis der neuen Vorschrift würde die sein, daß in den Städten Alles beim Alten bleibt, während die ländlichen Behörden in ihrer weniger skrupellosen Auffassung freie Hand haben, diejenigen Gesindedermittler, die den Agrariern fremde billige Knechte, Mägde und Tagelöhne zuführen, zuzulassen, dagegen den Vermittlern der Sachsen- und Westengängerei das Gewerbe unmöglich zu machen. Darauf läuft denn auch der eigentliche, von den Junkern gewollte Zweck des neuen Entwurfs hinaus, wodurch der letztere für uns keineswegs annehmbarer wird.

Daneben werden die Stellenvermittler verpflichtet, ihre Gebührentaxe im Geschäftsklokal auszuhängen und bei der Behörde einzureichen, eine zwar gutgemeinte, aber unzulängliche Bestimmung, die gewissenlose Vermittler sicher nicht abhalten wird, sich durch Annahme besonderer „*Geschenke*“ und verschleierte Zuwendungen an ihren Opfern zu bereichern. Völlige bureaukratische Hilflosigkeit, die Alles mit Polizeivorschriften zu kurieren gedenkt, verrathen die folgenden Bestimmungen, die die Zentralbehörden und Landesregierungen ermächtigen, Vorschriften über den Umfang der Rechte und Pflichten der gewerblichen Stellenvermittler und über die behördliche Aufsicht zu erlassen, worunter z. B. die Beherbergung und Beföstigung Arbeitsuchender durch Stellenvermittler, die Erhebung doppelter Gebühren von Arbeitgeber und Arbeitnehmern, die Verbindung kontraktbrüchiger Personen zc. verboten werden kann. Gerade letzteres zeigt, wessen man sich bei dieser Art von „*Arbeiterchutz*“ zu versehen hat.

Selbstredend kann auf diesem Wege das Untwesen des gewerblichen Stellentuchers niemals beseitigt werden. Dazu bedarf es zunächst einer entschiedenen positiven Vorarbeit, worunter wir die Schaffung eines dichten Netzes öffentlicher, unentgeltlicher Arbeitsnachweise für Gesinde, Land- und Hilfsarbeiter und die Förderung der unentgeltlichen Nachweise der Arbeiterorganisationen für gelernte Arbeiter, sowie derjenigen Nachweise, die von letzteren für sie als maßgebend anerkannt wurden, verstehen. Sind in dieser Beziehung die Ansprüche einer raschen und billigen Arbeitsvermittlung erfüllt worden, so ermächtigt man die Gemeinden, unter gewissen, nachweislichen Voraussetzungen die gewerblichen Stellenvermittlungsgeäfte gänzlich zu verbieten.

Sin derartiges Vorgehen ist gerechter und wirksamer, als die polizeilichen Schikanierungsparagrafen des Entwurfs, der nichts Anderes bezweckt, als den Agrariern eine Auslese unter den gewerblichen Stellen- und Gesindedermittlern nach ihrem Sinne zu ermöglichen.

Auch der Konfektionsarbeiterchutz in Posadowsky'scher Ausgabe vermag nicht einmal die allerbescheidensten Wünsche zu befriedigen; die wiederholten Anträge der Nationalliberalen Pehl und Genossen nehmen sich dagegen noch wahrhaft revolutionär aus, da sie doch wenigstens eine wirksame Beschränkung und Spezialkontrolle der Hausarbeiter erstrebten, während der Entwurf sich lediglich auf die obligatorische Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln und auf eine unzureichende Beschränkung der Mitgabe von Hausarbeit bezieht. Von einer Ausdehnung des bis jetzt nur auf Engroswerkstätten bezügl. Arbeiterinnen- und Jugendschutzes auf alle Werkstätten, von einer Regelung und Sanierung der Heimarbeit

sucht unser Blick vergebens etwas; nicht einmal der Krankenversicherungswang wird auf die Hausarbeiter ausgedehnt. Ob die Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln dem Uebelstand der schmächtlichen Lohnüberhöhung und Abzüge wirksam zu steuern vermag, soll dahingestellt bleiben; ungenügend dagegen bleibt die Vorschrift, wonach an Werkstattdarstellerinnen und Jugendlichen, die den Beschränkungen der Konfektionsverordnung oder dem Fabrikgesetz unterstehen, nur so viel Hausarbeit mitgegeben werden darf, daß die gesetzlich zulässige Arbeitszeit (11, bezw. 10 Stunden) nicht überschritten wird.

Wenn darnach ein Konfektionär seine Arbeiterinnen nur 10 Stunden täglich in der Werkstatt beschäftigt, kann er ihnen für 1 Stunde Hausarbeit mitgeben. Diese höchst zweifelhafte Vorschrift öffnet den Unternehmern bloß ein Hintertürchen, um dem Gesetz ein Schnippchen zu schlagen, und sie werden davon um so mehr Gebrauch machen, als der Entwurf nicht im geringsten für eine besondere Kontrolle dieser leicht zu übertretenden Anordnung besorgt ist. Weder die Polizeibehörden, noch die überlastete Gewerbeaufsicht werden im Stande sein, für deren Durchführung Gewähr zu leisten; das könnte höchstens geschehen durch Errichtung einer aus Arbeitern und Unparteiischen bestehenden Spezialaufsicht und durch Heranziehung der Arbeiterausschüsse zur Aufsicht.

Der Posadowsky'sche Konfektionsarbeiterklub, weit entfernt davon, die Arbeiter wirksam vor übermäßiger Ausbeutung zu schützen, wird höchstens die schon längst abgekühlten Hoffnungen der Arbeiter gänzlich vernichten und die Letzteren auf den Weg der gewerkschaftlichen Selbsthilfe verweisen, auf den Weg des Streiks, der, wenn irgendwo, so hier am ehesten berechtigt ist, mag man auch die Anreizung dazu mit noch so hohen Strafen bedrohen.

Der dritte Theil der Gewerbeordnungsnovelle behandelt den durch die 1894er Erhebungen der reichsstatistischen Kommission vorbereiteten Schutz der in offenen Ladengeschäften angestellten Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter gegen übermäßige Ausbeutung. Bei diesen Erhebungen hatte sich ergeben, daß bei 84,5 Proz. der befragten Geschäfte die Ladenzeit über 12 Stunden, bei 62,5 Proz. über 13 Std., bei 45,5 Proz. über 14 Std., bei 27,5 Proz. über 15 Std. und bei 6,5 Proz. über 16 Std. betrug. In den Tabakläden hatten 72,7 Proz. eine Ladenzeit von über 14 Std. und 9,6 Proz. über 16 Std.; in den Nahrungsmittelläden 73,4 Proz. mehr als 14 Std. und 48,4 Proz. länger als 15 Std.; in den Kolonialwaarengeschäften 84,4 Proz. länger als 14 Std. und 16,5 Proz. länger als 16 Std. Ladenzeit. Diese Ladenzeit wird zwar durch eine Mittagspause von 1/2—1 1/2 stündiger Dauer unterbrochen, sie ist aber insofern nicht gleichbedeutend mit der Arbeitszeit, als die Letztere häufig vor Ladenöffnung und nach Ladenschluß durch Abrechnungs-, Reinigungs- und Waarenergänzungs-, sowie Verpackungsarbeiten fortgesetzt wird, so daß den Angestellten und Arbeitern nicht selten effektiv 16—18 stündige Arbeits- bezw. Präsenzzeiten zugemuthet werden, oft angefüllt mit aufreibendem Dienst in gesundheitsschädlicher Atmosphäre bei Mangel jeglicher Sitzgelegenheit. Dazu kommt, daß solche ungeheuerliche Zumuthungen die kaufmännischen Angestellten und Lehrlinge, aber auch die Hilfsarbeiter in der ihnen so dringend notwendigen Fortbildung hindern und, wie auch die Begründung des Entwurfs hervorhebt, ihr Familienleben beeinträchtigen.

Die Reichskommission hatte nun im Jahre 1895 als Abhilfe gegen diese Mißstände die Einführung des obligatorischen AchtuhrLadenschlusses vorgeschlagen, fand aber damals nur die Zustimmung eines kleinen Theils der Interessententriebe. Seitdem sind nahezu 4 Jahre verfloßen und die Stimmung der Letzteren hat sich sehr zu Gunsten einer einheitlichen Geschäftszeit verbessert. Der Regierungsentwurf indes, weit entfernt, den Kampf gegen Vorurtheil und Ausbeutungsmacht konsequent anzunehmen, beugt sich vor dem machtpokerlichen laissez aller und begnügt sich, eine 10stündige Minimalarbeitszeit festzusetzen, die also noch immer eine 14stündige Arbeitszeit zuläßt. Es ist zwar weiterhin noch eine 1stündige Mittagspause vorgesehen; indes braucht dieselbe dort, wo der Prinzipal seine Leute selbst beschäftigt, nicht eingehalten zu werden, wobei dann nur eine „angewiesene“ Mittagszeit angeordnet wird. Damit aber nicht genug, werden, ganz wie bei der Sonntagstrafe, zahlreiche Ausnahmen zugelassen, so während der beiden letzten Wochen vor Weihnachten, weiter an 10 behördlich festgesetzten Tagen des Jahres, sowie für Inventuren und Arbeiten zwecks Verhütung des Verderbens von Waaren z. Wie bei einer solchen Regelung für die

Angestellten Zeit zur Erholung und Fortbildung gewonnen werden soll, muß schlechterdings unverständlich bleiben.

Nun schiebt sich aber der Regierungsentwurf bemüßigt, den vordem hinausgeworfenen obligatorischen Ladenschluß in sehr abgeschwächter Form durch eine Hintertür wieder hereinzuholen, und zwar dergestalt, daß die höhere Verwaltungsbehörde auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der Beteiligten und nach Anhörung der Gemeindebehörde einen einheitlichen Ladenschluß innerhalb der Zeit von 8—6 Uhr, bezw. 9—7 Uhr Nacht anordnen kann. Also statt des obligatorischen ein fakultativer Zwang, der natürlich in der Regel zu nichts führen wird, da die 2/3-Mehrheit abschreckend hoch gegriffen ist. Den viel bedenklicheren Innungszwang hat die Regierung an weit leichtere Voraussetzungen gebunden. In dieser Regelung aber zeigt sich der reaktionäre Charakter des Posadowsky'schen Kurzes, der zwar mit Reformen prunken will, sie aber zugleich zu einem papiernen Dasein verurtheilt, in der allerdeutlichsten Weise.

Sodann sieht der Entwurf noch eine Reihe gewerbe- polizeilicher Vorschriften hinsichtlich der sanitären Verhältnisse bei Einrichtung der Geschäftsräume und der für den Betrieb erforderlichen Gerätschaften vor. Die Polizeibehörden werden ermächtigt, diesbezügliche Maßnahmen anzuordnen und deren Durchführung zu überwachen (also Polizeikontrolle statt Handelsinspektion!); desgleichen darf der Bundesrath allgemeine Vorschriften zur Regelung der gesetzgeberischen Anordnungen erlassen. Endlich werden die Lehrherren verpflichtet, den Lehrlingen nicht bloß die zum Besuch der Fach- und Fortbildungsschule nöthige Freizeit zu gewähren, sondern sie auch zum Schulbesuch anzuhalten und denselben zu überwachen.

Obwohl dieser dritte Theil der Gewerbeordnungsnovelle, der als neuer Abschnitt VI des Titels VII der Gewerbeordnung eingereiht werden soll, noch der verhältnismäßig beste des ganzen Entwurfes ist, prägt sich auch in ihm die Halbheit und Schwäche der Regierungssozialpolitik aus, die beileibe keine wirksamen, die Ausbeutungspraxis des Unternehmertums erheblich beschränkenden Arbeiterchutzmaßnahmen zulassen will, dagegen dort, wo der Schutz ihrer geliebten Agrarier in Frage kommt, selbst nicht vor Betriebsverboten und Freizügigkeitsbeschränkungen zurückschreckt. Es wird der gründlichen Verbesserungsarbeit unserer Genossen im Reichstage bedürfen; um die bedenklichen, rein bürokratischen Bestimmungen aus der Vorlage anzumerzen und einen ernsthaften, zielbewußten Arbeiterchutz hineinzu legen.

### Agitation.

Eine ganze Reihe von Anträgen zur Generalversammlung beschäftigt sich mit der Frage: Wie agitieren wir am wirksamsten für unsere Organisation? Es bedarf keiner langen Auseinandersetzungen, um darzutun, daß von den früher sehr häufig, nach und nach aber weniger häufig unternommenen Agitationsreisen Niemand recht erbaudt ist. Weder der Vorstand, noch die betr. Ortsverwaltungen oder der Agitator selbst. Die Ursachen davon, daß solche Reisen den gewünschten Erfolg nicht mehr aufweisen, liegen klar zu Tage. Nachdem der Verband an Mitgliederzahl sich dreifacht hat, ist eine Einwirkung durch das Mittel der öffentlichen Versammlung natürlich nicht mehr so wirksam, als zur Zeit der Gründung der Organisation. Daher muß die Agitation mehr Kleinarbeit, mehr Spezialarbeit verrichten. Das ist unmöglich, wenn der Agitator sich nur ein paar Stunden an jedem Ort aufhalten kann.

Vertretungen, Vertikalen- und Branchenterritorien, Hausagitation muß vorgenommen werden. Diese wieder ist nur dann erfolgreich, wenn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bekannt sind, wenn man die Indifferenten da packen kann, wo es sie am meisten drückt. Das aber bedingt eine Vorarbeit, die die meisten Verwaltungen nicht leisten können. Dazu kommt, daß die Industrie mehr und mehr „aus Sand geht“, unzählige ungelernete, leicht zu erzielende Arbeitsträfte herangezogen werden, und so neue schwer zu bearbeitende Gebiete der agitatorischen Thätigkeit entstehen, obwohl die alten Gebiete noch lange nicht in voller Ausdehnung bearbeitet sind. Diese ländlichen Bezirke aber über durch ihre billigen Arbeitskräfte einen tiefen Einfluß auf die Löhne der Großstädte aus.

Alle diese Erwägungen haben die Berliner Kollegen veranlaßt, die Provinzial-Agitation energischer als je vorher zu betreiben und haben zu dem Versuch geführt, einen besoldeten Vertrauensmann anzustellen, dem einzig und allein die Provinzial-Agitation obliegt, natürlich mit all' ihren Nebenarbeiten.

Diese Einrichtung hat scheinbar im ganzen Reich Anklang gefunden, denn es sind bisher nur ganz vereinzelte Stimmen gegen die Verallgemeinerung dieser Einrichtung laut geworden. Um nun der Frage näher zu treten, ob es dem Verband möglich sein wird, und weiter, ob es zweckmäßig ist, die Einrichtung der besoldeten Bezirksführer ganz allgemein einzuführen, gebe ich zunächst einen Ueberblick über die Kosten, die für meinen Agitationsbezirk im Jahre 1898 entstanden sind. Es betragen die Ausgaben:

für Donachen und Inzerate . . . 604,55  
 Jahrgeld und Diäten einschließlich des Gehaltes des Vertrauensmanns . . . 4548,60

für Porto und Schreibmaterial . . . 263,17  
 Diverse Ausgaben . . . 36,60

Summa . . . 530,9.

Diese Kosten wurden gedeckt durch folgende Einnahmen:  
 Kassenbestand am 1. Januar 1898 . . . 511,41  
 Von der Ortsverwaltung Berlin und vom Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter . . . 3800,00  
 Von den Verwaltungen in der Provinz . . . 540,45  
 Vom Vorstand für Agitation außerhalb des Bezirks . . . 167,10  
 Auf Beitragsmarken zum Agitationsfond . . . 175,00  
 Waimarken . . . 492,25  
 Diverse Einnahmen . . . 18,05

Summa . . . 5612,26

Hierzu ist nun folgendes zu bemerken: 1) Es ist die Agitation überaus lebhaft gewesen, so daß außer meiner Person stets noch, namentlich Sonnabends und Sonntags, fremde Kräfte herangezogen wurden. 2) Ist die Agitation nicht auf die geographischen Grenzen des Bezirks beschränkt geblieben.

Trotzdem will ich nicht etwa den Rath ertheilen, für einen anderen industriell gleich stark entwickelten Bezirk weniger Kosten in Ansatz zu bringen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Verband in seiner heutigen Stärke, nach seinen heutigen Klassenverhältnissen sehr wohl die Ausgaben für Agitation gegen das Jahr 1898 mehr als verdoppeln kann. Und zwar deswegen stehe ich auf diesem Standpunkt: 1) weil eine solche Ausgabe sich unbedingt rentirt, und weil 2) der Verband in den kommenden Jahren das Schwergewicht seiner Arbeit wird auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse legen müssen, wozu eine weitere Ausdehnung des Systems der besoldeten Bezirksleiter eine überaus kräftige Stütze und Hilfe wäre.

Damit soll jedoch nun nicht gesagt sein: 10x5500 M (rund) macht 55.000 M, die kann der Verband sich leisten, also stellen wir noch 9 Bezirksleiter an — das wäre schablonenhaft gearbeitet, solche schablonenhafte Arbeit ist selten gut. Außerdem würde ja auch die Sache wahrscheinlich an der Personenfrage scheitern. Es ist nicht nur mehr als fraglich, ob in Deutschland 10 geeignete und befähigte Personen für solche Posten zu finden sind, sondern auch, ob sich 10 geeignete, befähigte Personen finden, welche auch geneigt sind, Jahraus Jahrein auf Reisen zu sein, eine aufreibende und wahrlich nicht gesundheitsfördernde Arbeit auf sich zu nehmen, auf fast jeden Sonntag zu verzichten und Alles was sonst noch an „Unnehmlichkeiten“ mit solchen Posten verbunden ist, mit in den Kauf zu nehmen.

Ich würde vielmehr vorschlagen, je nachdem die Personenfrage erledigt werden kann, zunächst nur für die industriell wichtigsten Orte besoldete Bezirksleiter anzustellen, deren Arbeitsfeld würde sich auf Agitation, Revisionen, Vornahme von statistischen Erhebungen, Ermittlung von allen Verhältnissen, welche die Lohnbewegungen der verschiedenen Orte beeinflussen, Ueberwachung der Ortsverwaltungen, Streikleitungen und alle derartigen Dinge erstrecken. Die betr. Personen müssen eben die Fähigkeit besitzen, selbst schöpferische Gedanken zu entwickeln, unter Umständen schnelle selbständige Entscheidungen zu treffen zc. Der Generalversammlung dürfte die Aufgabe zufallen, in einer Resolution dem Vorstand ihre Wünsche klar zu erkennen zu geben.

Es bleibt aber nun, nachdem so die wichtigsten Bezirke versorgt sind, noch ein großes Arbeitsfeld übrig.

Für dieses Arbeitsfeld darf man nach meiner Meinung nicht auf die unpraktischen Agitationstouren zurückgreifen, sondern auch dieses Arbeitsfeld ist in Bezirke (Gau) einzutheilen. Für jeden Gau würde eine Agitationskommission oder ein unbesoldeter Vertrauensmann einzusetzen sein. Diesem fielen die Aufgabe zu: 1) Alle Fabriken in seinem Bezirk nach Firma, Fabrikationszweig und Zahl der beschäftigten Arbeiter zu ermitteln und darüber ein möglichst genaues Verzeichniß anzulegen. 2) Die Zahl der in jeder Fabrik vorhandenen organisierten Arbeiter (auch die anderer Organisationen) festzustellen. 3) Nach Möglichkeit überall Verbindungen anzuknüpfen und Werkstellen- und Branchen-Vertrauensleute wählen zu lassen resp. zu ernennen. 4) Die Geschäftsbeziehungen der Firmen untereinander auszuforschen. (Dieses Arbeitspensum läßt sich natürlich noch erweitern.)

Ist diese Vorarbeit gemacht, dann kann ein Agitator auf 6—8 Wochen in dem Bezirk thätig sein, um Neues zu schaffen und Altes zu erhalten oder aufzuräumen. Natürlich müßte der Vorstand den Bezirksvertrauensmann mit Material und Geldmitteln an die Hand geben. Der Agitator aber kann, nachdem er in einem Bezirk eine Zeit lang gearbeitet hat, einen andern Bezirk besuchen. Das wäre nach meiner Auffassung an die Stelle der Agitationstour zu setzen.

Die Kosten für die Agitation in diesem Sinne würden freilich nach den Erfahrungen, die mir zu Gebote stehen, auf zirka 50.000 M für ganz Deutschland pro Jahr zu veranschlagen sein, aber ich bin der Meinung, daß diese Mittel sich rentiren und wesentlich zur Hebung und Stärkung des Verbandes, sowie zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen beitragen würden.

Berlin, März 1899. S. Rohrlach.

### Zu den Einigungsbestrebungen der Formet.

Da sich unsere Generalversammlung damit befassen wird, so erlaube ich mir vorher mit einigen Zeilen unsere Zeitung in Anspruch zu nehmen.

Die Organisationsfrage unseres Berufes ist wohl eine der wichtigsten Fragen, dieselbe zu lösen ist nur zu begrüßen. Deshalb sie zu lösen ist, darüber ist wohl nicht notwendig, längere Ausführungen zu machen, wir dürfen nur an unsere Gedächtnisse denken, so genügt das schon, was zu einigen.

Ob es aber mit den bis jetzt gepflogenen Einigungsbestrebungen (besonders den Braunschweiger) zu einem wirklichen Resultat kommt, ist eine andere Frage, die verneint werden muß. Es ist dieses Braunschweiger Bemühen lediglich eine Seifenblase oder es läuft auf ein Fangen von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für den Central-Verein hinaus. Denn sonst hätte man den Formettag nicht auf Ostern einberufen, sondern zum Mindesten den berechtigten Wünschen vieler Orte Rechnung getragen, dem

selben zu verlegen auf Pfingsten. Da dem nicht stattgegeben, ist es also nur eine Seifenblase, die wieder zerfällt in nichts, es sehen sich einmal einige Formier gleichzeitig an, und das Geld, was das kostet, ist zum Fenster hinausgeworfen.

Weshalb wartet man nicht bis Pfingsten? Es scheint die Furcht zu sein, mit dem geplanten Fischfang nicht durchdringen zu können.

Und nun zu den Vorschlägen, die bis jetzt gemacht wurden. Zunächst war es ein Kartellvertrag, der verlangt wurde. Was soll es heißen, nochmals einen Kartellvertrag zu schließen, wo schon mehr Formier im Metallarbeiter-Verband organisiert sind wie im Zentralverein. Das wäre ein Schritt rückwärts gegangen, und den machen die Formier im Metallarbeiter-Verband nicht mehr. Wir sind überzeugt, daß unsere Interessen im Metallarbeiter-Verband genau so gut vertreten werden wie im Z.-V. Dieses ewige Entgegenhalten: die Formier könnten, wenn sie für sich sind, ihre Interessen besser wahren, ist lächerlich und gehört in die Rumpelkammer; nur ein gemeinsames Zusammengehen bringt uns vorwärts; an dem einen Ort sind die Formier an Neodegewandtheit vor, da gilt es den andern Branchen unter die Arme zu greifen; an einem anderen Ort sind es die Schlosser oder Dreher u., die mehr an Agitationskräften besitzen, da gilt es umgekehrt zu handeln: also immer gemeinsam zusammengehen. Die Unternehmer-Verbände kennen auch keine Branchenunterschiede, wenn es gilt, den Arbeiterorganisationen entgegen zu treten.

Wollte man den Formiern einen Zweigverein gestatten, wo sollte es dann hinführen, wenn auch andere Berufe dasselbe verlangen wollten? Anstatt vorwärts würden wir also rückwärts gehen; für Gelderschwendung sind wir aber nicht zu haben. Ich halte deshalb die Verschmelzung für das einzige Richtige. Schon die kleinen Sektirbündchen halte ich nicht für richtig, die oft gar keine Versammlungen abhalten können und wenn ja, so ist es nur ein ewiges Streiten, von einem festen Hineingreifen in die Bewegung kann da keine Rede sein. Wo die Aussicht vorhanden ist, daß zum mindesten 100 Formier sich organisieren, da lasse ich mir eine Sektion noch gefallen.

Unserer Generalversammlung möchte ich deshalb anheimgeben, nicht von unserem alten Standpunkt abzugehen. Den Formiern steht der Metallarbeiter-Verband offen, wollen sich die Kollegen im Zentral-Verein mit ihnen vereinigen, so treten sie zu ihnen in den Metallarbeiter-Verband ein. Einen Branchenstolz und Kastengeist kennen wir nicht, und eine Extra-Wurde wird nicht gebracht.

Offenbach a. M., 22. März 1899.

Joh. Köppler, Formier.

die Firma nur Leute, die in anderen Gießereien keine Arbeit bekommen. Auch wenn sich die Firma Formier durch den Arbeitsnachweis der Berliner Metallindustriellen besorgen läßt, ist es nicht anders. Daß die Firma mit demselben in Verbindung steht, beweist folgender Brief an einen Formier, der vorige Woche hier ankam (nachdem er aber hörte, daß hier Streik war, wieder abreiste):

An den Formier N. N., Berlin N. W.

Ihre geehrte gestrige Postkarte besitzend, theilen wir Ihnen mit, daß wir noch mehrere Stellen für tüchtige Formier zu besetzen haben. Theilen Sie uns nach Erhalt dieses Briefes sofort mit:

- 1) Was für ein Landsmann, wie alt und ob Sie verheiratet oder ledig sind.
- 2) Wo Sie gearbeitet haben und auf welche Sachen Sie eingerichtet sind.
- 3) Ob Sie organisiert sind, d. h. dem M.-B. angehören. Wenn Sie uns nach Erhalt dieses sofort Antwort geben, haben wir solche Dienstag Früh hier und wir könnten Ihnen dann sofort Depeche geben. Sie wollen uns auch mitteilen, ob Sie eines Reisevorwurfs bedürfen.

Für den Fall, daß Sie telegraphisch Zusage von uns erhalten, dann wollen Sie sich sofort nach der Nachweisstelle begeben und daselbst den Vorschub gegen Abgabe Ihrer Papiere in Empfang nehmen. Die beste, billigste Reiseroute erhalten Sie auf der Nachweisstelle. Sie müßten uns aber unbedingt vorher Nachricht geben, event. sofort Depeche, wann Sie eintreffen.

Ihrer sofortigen Antwort entgegengehend, zeichnen wir  
Alt- und Neugersdorf, den 12. März 1899.  
Achtungsvoll

Thiele & Lindner,  
Oberlauf, Eisgießerei."

Als der Formier seine Papiere wieder holen wollte, verweigerte man ihm diese mit dem Bemerkten, die Papiere gingen wieder nach Berlin an den Arbeitsnachweis, dort könne er sie in Empfang nehmen.

**Halle a. S.** Am 20. März fand hier eine öffentliche Formier- und Hilfsarbeiterversammlung statt. Redakteur Szwienty referierte über Gründung eines Arbeitersekretariats.

In einer Resolution erklärte sich die Versammlung mit der Gründung einverstanden. Ueber den Formiertag sprachen die Kollegen Zippler und Weber sich dahin aus, denselben nicht zu beschicken. Pinze führt aus: Seit Gründung des M.-B. (1891) haben die Formier, die sich im Z. d. F. zusammenschlossen, Vorwürfe erhoben, in Frankfurt sei es bei der Abstimmung nicht ehrlich zugegangen; es seien Nichtformier dabei gewesen und hätten so den „unheilvollen“ Beschluß herbeigeführt. Dieses könnte man wohl Kollegen erzählen, die noch jung sind und die Vorgänge von vor 8 Jahren nicht kennen, aber nicht älteren Kollegen. Es seien einige Schlosser oder Dreher als Vertreter der einzelnen Formierfachvereine bei der Abstimmung dabei gewesen, dieselben hätten aber ein gebundenes Mandat für Anschluß an den M.-B. gehabt. Es beruht diese kolportierte Behauptung auf Unwahrheit. Unsere Aufgabe sei nicht, dieselben Fehler zu begehen, die bisher auf mancher Seite gemacht sind, sondern das einmal gesteckte Ziel fest im Auge zu behalten, und das sei: sämtliche Arbeiter immer mehr in ein großes Ganzes zusammen zu schweißen, zu vereinigen. Wir in Halle wären zufrieden mit unserem Verbände und agitieren, organisieren so viel es in unseren Kräften stünde, und so sei durch Fleiß und Ausdauer die hiesige Sektion der Formier und Hilfsarbeiter auf über 300 Mitglieder gestiegen; keiner vor ihnen zweifle daran, daß, wenn alle die, die bisher gegen den M.-B. agitirt hätten, dieselbe Kraft und Gewandtheit dafür einsetzen, würden die Formier im M.-B. eine viel größere Macht entfalten könnten. Ein köstliches Beispiel lieferten uns die alten Kollegen Häupter und Unverzagt, die da glaubten, eine Geldbörse vollbracht zu haben, indem sie als Mitglieder des M.-B. (\*) einen Formiertag einrückten zu einer Zeit, wo die Generalversammlung unseres Verbandes stattfand. Die lachenden Dritten saßen im Vorstand in Lübeck, die Alles auf die beiden Unschuldengel „vom D. M.-B.“ in Braunschweig schoben, die seien es gewesen, die diese Bewegung inszenirt. Die Meisten werden wohl auch geglaubt haben, die Braunschweiger Bewegung entspringe ehrlichen Motiven, aber der Versammlungsbericht des M.-B. von dort hat uns eines Anderen belehrt. Ob das Studium und die Erfahrung Häupters zu einer Rückwärts- oder Vorwärtsentwicklung geführt hat, dies zu beantworten, müßte er, Nedner, den beiden Kollegen dort selbst überlassen. — Wir hätten keine Ursache, diese Treiberereien mitzumachen. Es sprach dann noch ein Kollege vom Z. d. F. Auch der betonte, daß er sich nichts vom Formiertag verspreche. Folgender Antrag wurde angenommen: Die Halle'schen Formier bebauern, daß der Formiertag einberufen wurde zu einer Zeit, wo gerade die 4. Generalversammlung des D. M.-B. tagt. Sie lehnt es folglich ab, den Formiertag zu beschicken. — Dann wurden 50 M für die Kreisfelder Weber aus dem Unterstützungsfond der Formier und Hilfsarbeiter bewilligt.

**Heilbronn**, 21. März. (Für Nr. 12 zu spät eingetroffen. Red.) Die Formier der Firma J. Wolff & Comp. sind Dienstag, den 14. März in den Ausstand getreten, und zwar sämtliche 18 Mann, davon gehören 16 dem D. M.-B. an. Nachdem die Lohnkommission vorige Woche die Forderungen, die sehr minimal bemessen sind (durchschnittlich 5 S Lohnerhöhung pro Stunde) Herrn Wolff überreicht hatte, erklärte dieser, daß er zuerst bei seiner Kundschaft anfragen wolle, ob dieselbe geneigt wäre, höhere Preise zu bezahlen. Er sei dann nicht abgeneigt, „einigen“ Formiern Lohnzulage zu gewähren. Am Montag (13. März) wurde dann ein Kollege gemahnt, da derselbe nicht zur Arbeit kam, sich aber entschuldigend hatte. Auch ließ Wolff alle Stundenarbeit bei Seite legen und nur Arbeit für seine Fabrik den Formiern zuweisen. Hieraus ersehen die Kollegen, daß Wolff mit der Beantwortung der gestellten Forderung so lange warten wolle, bis er einen größeren Vorrath von Guth hat, um es für längere Zeit ausdauern zu können. Deshalb wurde beschlossen, am Dienstag Morgens vorzeitig zu werden und Herrn Wolff um Zurücknahme der Forderung (Magregelung) des betr. Kollegen und zur Bewilligung der gestellten Forderungen zu bewegen. Der Kommission wurde aber der Bescheid, Wolff sei abgereist, was aber in Wirklichkeit nicht der Fall war. Daraufhin wurde die Arbeit niedergelegt und sind die Streikenden gesonnen, dieselbe nicht eher

\*) Dieselben sollen auch Mitglieder des Z. d. F. sein. Red.

wieder aufzunehmen, bis ihre berechtigten Forderungen be willigt und die Maßregelung des Kollegen Sp. zurückgenommen ist. Wenn der Bezug ferngehalten wird, so wird der Sieg ein vollkommener sein.

**Leipzig**. Am 12. März fand eine öffentliche Formierversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Bedeutung der Maßregel und wie stellen sich die Leipziger Formier dazu? 2. Stellungnahme zum Formiertage. Genosse Geyer hielt das Referat über die Maßregel. Nach einer längeren Diskussion schlägt Sellrich vor, eine Kommission zu wählen, welche mit der Leitung des Unternehmenszwecks freigegeben des 1. Mai in Unterhandlung tritt; dieses wird angenommen. Gewählt werden die Kollegen Pfüller, Sellrich und Reichmüller. Zum 2. Punkt wünscht Pfüller, daß der Formiertag auf Pfingsten verschoben wird, sollte er trotzdem Ostern abgehalten werden, ihn von Leipzig aus nicht zu beschicken. Sellrich meint, daß, da die Vorbereitungen zum Formiertag vollständig im Gange und getroffen sind, Leipzig unter allen Umständen den Formiertag beschicken müßte. Es sprechen dann noch mehrere Redner für und gegen Beschiedung, worauf folgende Resolution gegen 9 Stimmen angenommen wird: „Die Formier beider Organisationen Leipzigs sind der Ueberzeugung, daß die Organisationsfrage der Formier nur durch die Formier selbst geregelt werden kann und sind deshalb im Prinzip mit der Abhaltung eines Formiertages einverstanden. In Erwägung aber, daß der von den Braunschweiger Kollegen arraignirte Formiertag mit der Generalversammlung des M.-B. zusammenfällt und die im M.-B. organisierten Kollegen fast allorts die Beschiedung desselben aus diesem Grunde abgelehnt haben, und somit der Formiertag nur von einem kleinen Theile der Formier Deutschlands beschiedt wird und somit derselbe nutzlos ist, beschließt die am 12. März im „Pantheon“ von beiden Organisationen gleich statt besuchte Versammlung der Formier und Berufsgenossen den Formiertag bis Pfingsten zu verschieben, um etwas Einheitliches zu Stande zu bringen. Die Kollegen Deutschlands werden aber aufgefordert, um die strittige Frage aus der Welt zu schaffen, denselben zu beschicken.“

**Münberg**. (Streik bei Schindert.) Der Arbeiterschuß hat sich vor Kurzem noch einmal mit unserem Ausstande befaßt und ihn bei der Direktion zur Sprache gebracht. Aber dieselbe verlangt ein bedingungsloses Unterwerfen, wir sollten unsere Posten einziehen, sowie die Befanntgabe des Ausstandes in der Presse unterlassen. Und dann könnte erst die Rede davon sein, den Einen oder Andern, der zu Kreuze kriecht, wieder aufzunehmen, unter keinen Umständen aber das Streikkomitee. Natürlich, damit die Herren ihre Bude bald wieder voll Leute hätten! Die Direktion hält uns also für blöde. Wir aber halten die bis jetzt getroffenen Maßregeln aufrecht und erjuchen, den Bezug nach wie vor streng fernzuhalten.

**Klempner.**

**Leipzig**. Eine von 250 Personen besuchte Versammlung der Klempner Leipzigs fand am 11. März im „Coburger Hof“ statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Schröder für den Gesellenauschuß Bericht über die stattgefundene Verhandlung mit der Innung und verlas hierauf das Antwortschreiben der Innung, worin sie die Forderung der Gehilfen herwilligt. Die Zugeständnisse sind folgende: Einführung der neunmündigen Arbeitszeit am 14. März, fünfprozentige Lohnerhöhung, 42 Pfg. Minimallohn für alle Betriebe, die der Innung angehören. In der sich anschließenden regen Debatte wurde getadelt, daß verschiedene Kollegen, so u. a. die bei Kuchler in Plagwitz, sich mit der neunmündigen Arbeitszeit nicht befreundeten könnten; es wäre doch endlich einmal Zeit, daß alle Kollegen verstehen lernen, welchen großen Werth eine verkürzte Arbeitszeit in sich birgt. Es wird hierauf ein Antrag angenommen, der besagt, daß Differenzen, die in Werkstätten der Innungsmeister vorkommen, durch die Werkstellenkommission dem Gesellenauschuß zur Kenntniß gebracht werden, der weitere Maßnahmen zu treffen hat. Ferner wird die Werkstellenkommission beauftragt, mit den Fabriken, in denen Klempner beschäftigt werden, in Verbindung zu treten, um möglichst auch bei den Fabrikklempnern bessere Lohn- und Arbeitszustände herbeizuführen. Zum 3. Punkt nahm die Versammlung Stellung zu dem in Berlin stattfindenden Bauarbeiterkongress. Es wurde in der Debatte auf die Wichtigkeit des Kongresses hingewiesen und gegen einige Stimmen Kollege Schröder als Delegirter gewählt.

**Mannheim**. Am 26. März fand eine öffentliche Spengler- und Installateurversammlung statt. Ueber die Mißstände unserer Branche im Baugewerbe und unsere Werkstattdattdordnung und deren Nichtbefolgung durch mehrere Meister sprach der Vorsitzende. Die Kollegen sollten sich organisieren, um eine Petition mit den übrigen Bauhandwerkern Mannheim an die badischen Arbeitervertreter im Landtage zu senden. Dies wurde angenommen. Zum zweiten Punkt wird die Werkstattdattdkommission ergänzt. Dieselbe soll die Mißstände an die Öffentlichkeit bringen. Eine Resolution betr. Minimallohn und sechsmündige Arbeitszeit wurde der Werkstattdattdkommission überwießen.

**Stettin**. Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Klempner und Rohrleger Stettins. Ende vorigen Jahres versuchte die Ortsverwaltung Stettins durch Fragebogen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den Stettiner Klempnereien beschäftigten Klempner und Rohrleger festzustellen. Von den 150 bis 200 Klempnern und Rohrlegern haben 74 die vorgelegten Fragebogen ausgefüllt. So dürftig das Material auch ist, so läßt es doch die geradezu erbärmliche Lage dieser Berufsgruppen erkennen. Die ausgefüllten Fragebogen vertheilten sich auf folgende Klempnereien:

Schilbach, Mittwochstr. 18	12	Bogen
Niedermeyer, Schuhstr. 4	11	"
Bahl, Bismarckstr. 27	8	"
Stolzmann, Oberwieß 15	7	"
Brunlow, Falkenwälderstr. 5	5	"
Hamaun, Falkenwälderstr. 137	3	"
Wendt, Graboverstr. 22	3	"
Oderwerke, Schiffswert	3	"
Frank, Auguststr. 58	3	"
Kolberg, Grünhofersgr. 2	3	"
Ingenieur Schack, Landstr. 37	3	"
Aus 18 kleinen Werkstätten	13	"

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

## Bekanntmachung.

**Während der vom 4.—8. April in Halle stattfindenden Generalversammlung er suchen wir die Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten u., dringende Sendungen zu richten an:**

**A. Schilke, Halle a. S., Lindenstr. 78, Osborgs Bellevue (früher Hoffjäger). Alle übrigen Sendungen, als: Materialbestellungen, Geld u. an die bekannte Verbandsadresse in Stuttgart.**

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:  
Nr. 89915 des Drehers Heinrich Binner, geb. zu ? am am 4. April 18 ?  
145606 des Hilfsarbeiters Heinrich Freund, geb. zu Insbruck am 31. Januar 1853.  
155072 des Schlossers Oskar Michalski, geb. zu Fürstenwalde am 20. Juli 1877.  
182579 des Formiers Otto Handke, geb. zu Grünberg am 5. Dezember 1873.  
274936 des Hilfsarbeiters Robert Ventrath, geb. zu Danzig am 18. Februar 1864.

Ausgeschlossen wegen Streikbruchs wird nach § 3 Abs. 7 des Statuts wird auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kiel:  
der Kernmacher Franz Röder, geb. zu Magdeburg-Buckau am 15. Juli 1865, Nr. 253125.

Der Klempner Ernst Seidler, zuletzt in Bielefeld, jetzt unbekanntem Aufenthalts, Nr. 256428, wird hierdurch zur Rechtfertigung bis spätestens zum 15. April d. J. aufgefordert, andernfalls sein Ausschluss aus dem Verband erfolgt. Zur Last gelegt werden ihm verschiedene an Kollegen und anderen Personen verübte Betrügereien und Entwendungen, also Handlungen, die mit den Verbandsbestrebungen nicht in Einklang zu bringen sind.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an  
Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160ff,  
zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.  
Mit kollegialem Gruß

**Der Vorstand.**

# Korrespondenzen.

## Formier.

**Alt- und Neugersdorf.** Der Streik der Formier bei der Firma Thiele & Lindner dauert fort. Bis jetzt haben sich 15 Formier als Arbeitswillige gefunden, die aber in der Mehrzahl unqualifizierte Arbeitskräfte sind. Es kann ja auch nicht anders sein, wer organisiert ist, kommt nicht hieher und die besten Leute sind in der Organisation, folglich bekommt

\*) Dieselben sollen auch Mitglieder des Z. d. F. sein. Red.

Die Arbeitszeit bei der Firma Schilkach beträgt 59 Stunden wöchentlich; Sonnabends 9, die anderen Tage 10 Stunden. Ueberstunden und Sonntagarbeit, welche nach Bedarf gemacht werden, werden mit 5 s über den festgesetzten Lohn entlohnt. Von den 12 dort beschäftigten Kollegen, die alle organisiert sind, sind 5 verheiratet, drei davon, die je ein Kind mit zu versorgen haben, erhalten einen Wochenlohn von 21 M. Dieselben haben eine monatliche Miete von 19, 22 und 23 M zu entrichten, zwei, die je 2 Kinder zu ernähren haben, erhalten einen Stundenlohn von 32 s = 18,88 M die Woche und bezahlt der Eine 19, der Andere 15 M monatliche Miete. Der Lohn der ledigen Kollegen beträgt: bei einem 18,88, bei einem 18, vier 15 und bei einem 12 M wöchentlich. Von diesen Kollegen bezahlt der eine Kostgeld inf. Miete 12, die anderen 8—10 M Kostgeld wöchentlich und 5 M Miete monatlich. Einer mit 15 M Lohn zahlt 10 M Kostgeld inf. Miete und der mit 12 M Lohn ebenfalls 10.

Bei Niedermeyer & Göse, Schuhstr. 4, haben 10 organisierte und ein unorganisierter Kollege die Bogen ausgefüllt. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 66 Stunden. Für Sonntagarbeit (nach Bedarf bis 10 Uhr Vormittags) und für Ueberstunden gibt es keine bessere Bezahlung. Verheiratet sind 4, einer hat ein Kind zu ernähren. Der Lohn beträgt bei zwei M 21,50, bei den anderen 33 s die Stunde = M 21,78 wöchentlich. Miete bezahlen dieselben M 18, 19 und 20 monatlich. Von den Ledigen erhält der eine 35 s = M 23,10 die Woche, einer 21,46, einer 19,80, drei 18, einer 17,50 die Woche. Kostgeld geben diese Kollegen M 8,50—9 wöchentlich und M 5, 6, 9 und 10 Miete monatlich.

Bei der Firma Bahl, Bismarckstr. 27, sind beschäftigt 16 Klempner und Holzleger, davon organisiert 5, nicht organisiert 11. 8 Fragebogen ausgefüllt, 8 von verheirateten Kollegen, von denen 2 je 1 Kind zu ernähren. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 66 Stunden. Sonntagarbeit und Ueberstunden finden ausnahmsweise statt, werden aber nicht höher bezahlt. Die Kollegen verdienen: einer die Stunde 32 s die Stunde = M 21,12 wöchentlich, zwei 30 s = M 19,50, Miete: einer 12, die anderen 10 monatlich. Von den Ledigen verdient einer 32 s pro Stunde = M 21,12 wöchentlich, drei je 30 s = M 19,50, einer 27 s = M 17,82. Letzter Kollege bezahlt 15 M Miete monatlich und 12 Kostgeld, der mit M 21,12 und einer mit M 19,52 dasselbe; die anderen beiden für Miete und Kost pro Woche M 9. Stolzmann, Oberwiel 15. Ausgefüllt 7 Fragebogen, 6 von Organisierten und 1 von einem Nichtorganisierten. Verheiratet ist keiner. Arbeitszeit 10 Stunden täglich, 60 in der Woche. Ueberstunden- und Sonntagarbeit wie gewöhnlich bezahlt. Zwei erhalten die Stunde 30 s = M 18 die die Woche, einer 29 s = M 17,40, einer 17, drei 27 1/2 s = M 16,50. Monatliche Miete: 2 à M 5, einer M 10,50, einer M 12. Kostgeld M 7, 8, 9, 11 und 12 wöchentlich.

Brulow, Falkenwälderstr. 5. 5 Fragebogen ausgefüllt, 3 von Organisierten, 2 von Nichtorganisierten. Arbeitszeit 60 Stunden, Ueber- und Sonntagstunden wie gewöhnlich bezahlt. Verheiratet 2, einer mit 2 Kindern; einer mit Lohn die Stunde 35 s = M 21 wöchentlich. Miete 12, 18 und 20 M monatlich. Lohn der Ledigen 1: 32 1/2 s pro Stunde = M 19,50 wöchentlich, 2: 30 s = M 18. Kostgeld M 10 pro Woche. U. Hamann, Falkenwälderstr. 137. 3 Fragebogen ausgefüllt. Organisiert Niemand. Arbeitszeit 60 St. die Woche. Lohn 30 s pro Stunde = M 18. Ueberstunden werden nicht gemacht. Miete M 5, Kostgeld M 10 und 9,50. Wendt, Grabenw. 22. 3 Fragebogen. 1 Kollege organisiert. Arbeitszeit 60 Stunden wöchentlich. Ueberstunden nicht besser bezahlt. Verheiratet einer mit 1 Kind. 21 M Lohn die Woche. Miete M 19. Die Ledigen je einer M 18 und 12,80. Letzterer erhält für Sonntag- und Ueberstunden 1 s mehr. Kostgeld M 8 und 10, Miete M 5. Oderwerke, Schiffswerrst, Grabow a. D. 3 Fragebogen. Organisiert 3. Arbeitszeit 10 Stunden. Ueberstunden nach Bedarf. Afford. Sonntagarbeit 1 Stunde Vergütung. Afford: 40 s = M 24. Verheiratet 2. Miete M 13,50 und 14.

H. Franz, Auguststr. 58. Fragebogen 3, organisiert 1. Arbeitszeit 10 Stunden. Ueberstunden 2—3 in der Woche, keine Sonntagarbeit. Lohn M 18, 19 und 16,40. Kostgeld M 10. Miete: einer M 6 monatlich. Klempnermeister Kolberg, Grünhofer Str. 2. Fragebogen 3, organisiert 3. Arbeitszeit 60 Stunden die Woche. Ueberstunden und Sonntagarbeit nach Bedarf 4, 6, bis 10 Stunden. Bezahlung dieselbe wie gewöhnlich. Söhne: 2 zu M 19,50, 1 zu 18, einer im Afford 60—70 s pro Stunde, einer 60 s. Verheiratet: 1. Miete M 16,50. Kinder 3. Ledig: 2. Miete M 6 im Monat, Kostgeld M 8 die Woche. Ingenieur Schmitt, Arndstr. 37. Fragebogen 3, organisiert 3. Arbeitszeit 60 Stunden. Ueberstunden nach Bedarf. Söhne 30, 21 und 13 M. Verheiratet 2; davon einer 2, einer 1 Kind. Miete M 14 und 10 monatlich. Der Ledige Kostgeld M 10, Miete M 5.

Auskommen die Fragebogen von 13 in verschiedenen Werkstätten arbeitenden Kollegen, die dasselbe Bild zeigen. Von 13 ausgefüllten Fragebogen sind 8 von organisierten Kollegen. Arbeitszeit überall 10 Stunden täglich. Sonntag- und Ueberstundenarbeit kommt bei allen vor. Die Söhne dieser 13 Kollegen sind: 2: M 21, 1: M 19,50, 2: M 19, 1: M 18,50, 5: M 15, 1: M 17,70, 1: M 16,80. Darunter sind 2 verheiratete Kollegen, beide haben je 2 Kinder und bezahlen M 12 und 20 Miete. Die Ledigen bezahlen 8 bis 12 M Kostgeld und zum Teil M 5 Miete monatlich.

Der Gesamtüberblick gestaltet sich wie folgt: Die 74 Kollegen sind bei 24 Firmen beschäftigt. Davon sind 55 organisiert, 19 nicht. Die Arbeitszeit beträgt bei 22 Firmen 10 Stunden täglich, bei einer 33 St. die Woche und bei zwei 11 St. täglich. Ueber- und Sonntagarbeit kommt überall vor und wird nur bei einer Firma mit 5 s pro Stunde höher abbezahlt. Von diesen 74 Kollegen haben einen Wochenverdienst: 1: M 30, 3: 24, 1: 23,10, 2: 21,78, 2: 21,80, 1: 21,46, 2: 21,12, 9: 21, 7: 19,80, 3: 19,50, 3: 19, 3: 18,88, 21: 18, 1: 17,82, 1: 17,70, 1: 17,46, 1: 16,80, 3: 16,50, 1: 16,40, 4: 15, 1: 12,80 und 1: M 12.

Stellt man diesen Söhnen die notwendigen Ausgaben gegenüber, dann wird man sehen, wie es möglich ist, damit auszukommen. Miete, Nahrung usw. ist in Stuttgart fast

theurer wie anderswo, wo die Löhne bessere sind. Wie mit diesem Verdienst ein Familienvater auskommen soll, wenn davon Steuern, Krankenkassen, Invaliditäts- und Altersversicherungsbeträge entrichtet werden sollen, und was noch übrig bleibt für Kleidung der Familie usw., das möge man versuchen, auszurechnen. Dabei ist noch nicht in Betracht gezogen, daß der Arbeiter auch eine Zeitung halten, daß er seiner Organisation gerecht werden soll, daß es eine Notwendigkeit ist, Versammlungen zu besuchen und daß er, da er nicht nur des Arbeitens halber auf der Welt ist, auch nötig hat, den Geist durch Belehrung und Unterhaltung aufzurichten. Und der Arbeiter will und soll doch auch während und nach der Arbeit ein Glas Bier trinken. Angesichts solcher Hungerlöhne denkt man unwillkürlich der verflochtenen Reichstagsdebatten über die Interpellation Wangenheim, betreffend die Fleischnoth. Und da sprach Posadowski: „Was nun den Fleischbedarf anbetrifft, so ist dieser unabweisbar sowohl absolut wie relativ gestiegen. Es hängt dies zusammen mit dem Wachstum der städtischen Bevölkerung und der Wohlhabenheit derselben, der Steigerung der Industrielöhne.“ Wie es mit diesen Löhnen möglich ist, sich so zu ernähren, daß die vorausgesehene Arbeitskraft dem Körper durch eine gesunde und kräftige Nahrung wieder zugeführt wird, dies Räthsel löse Graf Posadowski. Derartige Söhne reichen wohl aus, um sich nach dem Kreisfeld Speisetzettel zu ernähren, wonach sich 3 Personen für 16 s eine Mahlzeit herstellen können, aber zu weiterem nicht.

Karl Massatsch.

**Metall-Arbeiter.**

Burg b. Magdeburg. Am 14. März fand hier im „Hofjäger“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Ueber: „Bietet die gewerkschaftliche Organisation den Metallarbeitern nennenswerte Vorteile?“ referierte Rudolf Jäger. Redner führte die Vorteile durch die Organisation den Kollegen vor Augen; die jetzigen Missethate könnten nur durch ein festes Zusammengehen der Kollegen beseitigt werden, weshalb die uns noch fernstehenden Kollegen sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verein anzuschließen haben. Unter Hinweis auf die Mäandrigkeit der katholischen Arbeiter- und Junglingsvereine ermahnte der Referent die Kollegen, der Metallarbeiterzeitung und der Agitation mehr Interesse zu widmen. Als Delegierter zum Gewerkschaftsverband wurde Kollege Weiz gewählt. Dann wurde über die Missethate in den hiesigen Fabriken und wie dieselben beseitigt werden können, gesprochen. Kollege Börs-Magdeburg führte an, daß durch die Organisation am Orte auch in verschiedenen Betrieben eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht wurde, daß aber noch viel zu thun ist.

Hände i. Weiß. Zum Streik auf dem Bündener Eisenwerken. Schon seit längerer Zeit hatte sich unter den Arbeitern genannten Werkes eine Aufregung und Unzufriedenheit bemerkbar gemacht, die durch das Benehmen des Direktors Stecke, der der Meinung ist, man habe nur zu gehorchen und nicht zu mutzen, geradezu provoziert wurde. Es wurden Forderungen an die Arbeiter gestellt, die unerfüllbar waren. So wurde am 25. Februar durch Anschlag in der Fabrik bekannt gemacht, daß bis auf Weiteres länger gearbeitet werden müsse, wer sich den Anordnungen nicht füge, sei entlassen. Durch dieses diktatorische Vorgehen der Fabrikleitung hielten sich die Arbeiter gekränkt und verließen Abends 7 Uhr sämtlich die Fabrik. Das hatte zur Folge, daß am andern Morgen zwei Kollegen gemagtregelt wurden. Darauf erklärten die Arbeiter, nicht mehr weiter zu arbeiten, bis die beiden wieder eingestelt sind und verließen sämtlich die Fabrik. Der Streik war also durch das Vorgehen der Direktion vom Zaune gebrochen. Die Direktion nahm dadurch, daß sie ausgespart, daß „Arbeitswillige“ kommen, Uneinigkeit zu säen, aber diese Mittel verstoßen den Zweck. Es war zwar einmal gelungen, eiliger Personen habhaft zu werden, man gab denselben Wurst, Bier und Brod und ließ sie nachts in der Fabrik schlafen. Aber am andern Morgen wurden lange Gesichter gemacht, als die Arbeiter keine Lust zur Arbeit zeigten und wieder von hinnen zogen. Am 16. März wurde der Direktion mitgeteilt, daß die Streikenden an ihren Forderungen: Für Ueberstunden 10 s Aufschlag, Wiederentrichtung der beiden Entlassenen festhalten, daß sie aber zu Unterhandlungen bereit seien. Worauf folgendes Schreiben eintraf:

„An die streikenden Arbeiter, z. H. der Streikkommission in Hände.“

Ihre Zuschrift vom 16. curr. erfordert keine Antwort, da wir an den von uns getroffenen Bestimmungen in allen Punkten unabweislich festhalten.

Bünder Eisenwerk N. B. H. Lübben.

Wer sich bis morgen, Freitag, den 17. c. Vormittags 9 Uhr nicht zur Arbeit angemeldet hat, muß die Folgen tragen.“

Am 18. März wurde eine Kommission beauftragt, folgendes Schreiben der Direktion zu unterbreiten:

„Die unterzeichnete Lohnkommission erlaubt sich, der Firma des Bünder Eisenwerkes folgende Forderungen zu unterbreiten:

- a) Ueberstunden werden mit 10 s Lohnzuschlag bezahlt;
- b) der Schloffer Wöhlgemuth ist wieder einzustellen;
- c) der Minimallohn für ungelehrte Arbeiter beträgt M 2,50, der Minimallohn für Modellenschleifer, Dreher, Schloffer, Formner und Schmiede beträgt M 3,50;
- d) Waggelungen dürfen nicht stattfinden;
- e) der s der Fabriksordnung, welcher besagt, daß eine Entschädigung von einem Wochenlohn einbehalten wird, ist zu streichen.

Nach Annahme dieser Forderungen verpflichten wir uns, mit sämtlichen Arbeitern die Arbeit am Montag, den 20. März wieder anzunehmen, es wird wir zu weiteren Verhandlungen bereit. Die Lohnkommission.“

Die Forderung, den Kollegen Obermann wieder einzustellen, wurde nicht wieder gestellt, man hoffte, die Direktion würde sich dadurch eher zum Nachgeben bereit zeigen. Das war ein Irrthum, wie aus folgendem Schreiben an die Lohnkommission hervorgeht:

„An die streikenden Arbeiter, z. H. der Lohnkommission in Hände. Auf das uns zugegangene Schreiben vom 18. c. erwidern wir folgendes: Die Punkte a und b waren bereits von uns bewilligt und halten wir dieses Zugeständnis auch heute noch aufrecht. — Zu den anderen Punkten bemerken wir, daß fast sämtliche Arbeiter des Bündener Eisenwerks

Affordarbeit erhalten und die Bohrarbeiter je nach entsprechenden den Leistungen mit guten, uns aber nicht vorzuschreibenden Löhnen bezahlt werden. — An unserer bereits vom Landrat gezeichneten Fabrikordnung können wir Änderungen nicht mehr vornehmen. — Der angeregte s ist nur im Interesse und zum Wohle der Stammmarbeiter vorgehen. Hochachtungsvoll! Bünder Eisenwerke. Stecke.“

Nach diesem Schreiben wurde eine geheime Abstimmung vorgenommen und ergab die erste 11 Stimmen für Aufnahme der Arbeit und 19 dagegen; die zweite Abstimmung 8 für Aufnahme und 22 dagegen. Es wurde, da die 8 meistens Formner waren, der Streik für beendet erklärt und sollte am Montag, den 20. März die Arbeit wieder aufgenommen werden. Zunächst aber wurde das Verhalten der Arbeiter bei der Abstimmung einer scharfen Kritik unterzogen und ihnen nachgewiesen, daß sie jetzt, wo die Situation für sie gerade die günstigste sei, die Flinte in's Korn werfen. Die Strafe dafür folgte denn auch am Montag, als man die Arbeit wieder aufnahm, indem der Direktor Stecke erklärte: „Nichts wird bewilligt, gar nichts wird bewilligt!“ Dieses scharfe Benehmen wirkte ganz verblüffend auf die Arbeiter und mit einem Male war die Einigkeit wieder hergestellt und es verließen sämtliche Arbeiter wiederum die Fabrik. Nunmehr sah sich der Herr Direktor durch den Aufsichtsrath und durch das Vorgehen der Arbeiter gezwungen, die letzteren anders als bisher zu behandeln. Seine Wuth war nun mit einem Male gebrochen und ersuchte derselbe nun in einem Schreiben am selben Nachmittage, mit den Arbeitern in Unterhandlung treten zu können. Diese fand auch statt, die Forderungen a, b, d und e wurden bewilligt und die Arbeit am Dienstag Morgen wieder aufgenommen. Daraus geht wieder zur Genüge hervor, wie leicht durch unbequeme Handlungen der Arbeiter der günstigste Streik verloren gehen kann; das wäre hier der Fall gewesen, wenn nicht durch das scharfe Vorgehen des Direktors sich die Situation geändert hätte.

Chemnitz. Zu dem Bericht in Nr. 9 dieser Zeitung über die „Presto-Fahrradwerke“ wird uns geschrieben, daß die Zustände, wie sie von der Schleiferei geschildert wurden, in der ganzen Fabrik zu finden sind. Foreest sei erwähnt, daß die Herren Chef, Günther u. Seifert, für die Arbeiter fast unmaßbar sind und selbst dem Arbeiter-Ausschuß, zu dem nur ein Mitglied von Arbeitern gewählt, zwei aber vom Meistermeister Scope ernannt sind, wurde von dem Meister erklärt, es sei dem Chef lieber, sie brächten ihre Beschwerden bei dem Meister vor, damit dieser dann mit den Herren unterhandele. Die Strafgelder, von denen mehrere hundert Mark vorhanden sein sollen, müssen laut Fabrikordnung zum Besten der dort beschäftigten Arbeiter verwendet werden. Bis jetzt ist es aber nur ganz vereinzelt vorgekommen, daß in Noth gerathene Arbeiter eine geringe Unterstützung erhalten haben. Was die Arbeitsräume betrifft, so kann nur durch Deffnen der Fenster frische Luft durchgelassen werden, wodurch jedoch auch wieder Zugluft entsteht. In der Dreherei, Schleiferei und Schmiede muß bei der Arbeit größtentheils Licht gebrannt werden. Der Dampf, der in der Bernickerei gebraucht wird, geht durch die Dreherei und veruracht dort eine drückende Hitze, wozu sich der Staub aus der Schleiferei und der Säuregeruch aus der Bernickerei gesellt, was die Atmosphäre im Parterresaal und in der Schmiede untraglich macht. In letzterer befindet sich außerdem noch das Sandgebläse. Am 11. März war Inspektion, derselben zeigte man auch die Aborte, aber nur im Parterre, im ersten, zweiten und dritten Stock waren sie zugenanelt. Aus welchen Gründen, konnte man nicht erfahren. Am 14. März wurden sie wieder geöffnet. Zu bemerken ist noch, daß sich der Chlorkalkgeruch bis in die Dreherei und Schleiferei hinzieht. Die Drehbänke, Bohrmaschinen und Revolverbänke sind ohne Schutzbleche und scheint man es mit Umbringung derselben nicht so eilig zu haben, denn bis jetzt hat man noch nicht beobachten können, daß den Anordnungen der Gewerbeinspektion Folge geleistet würde. Die Transmissionswelle der Spitzendreherei ist zu leicht befestigt, die Schleifmaschinen können einzeln nicht ausgerückt werden. Da die Maschine die Mittagszeit hindurch in Gang bleibt, ist es schon vorgekommen, daß die Schleifböcke während der Zeit anbrannten. Als Speisesaal ist eine frühere Wagenremise hergerichtet worden, als Ventilation für dieselbe dient die Eingangsthüre. Die Arbeitszeit ist von Früh 6 bis Abends 8 Uhr, 12 1/2 Stunden. Wer mehr als 50 s die Stunde verdient oder verdienen kann, dem wird abgezogen. Hierin leidet der Drehermeister Sauer trotz seiner 23 Jahre schon erstaunliches. Auch der Werkmeister Scope, ein früherer Drechsler, sowie der Schlossermeister Ehrlich, früher Schuhmacher, geben Herrn Sauer beträchtliche Preisreduktion nicht viel nach. Will Letzterer einen Affordpreis machen, so arbeitet er selbst einmal 5—10 Minuten bei Artikeln, mit denen er fort kann, und berechnet so die Stundenleistung und den Preis, ohne in Betracht zu ziehen, daß der Dreher zum Vorrichten der Werkzeuge und Maschine auch Zeit braucht. Sobald ein Arbeiter seinen Platz verläßt, sieht Herr Sauer nach der Uhr, bleibt der Betreffende ihm zu lange aus, so macht sich das bei dem nächsten Affordpreis, den er macht, bemerkbar. Dabei drückt sich S. gegen die Arbeiter auch noch aus, daß er früher nur 3 Tage pro Woche gearbeitet hätte. Sobald ein Arbeiter beim Vorrichten seiner Nothdurft zu lange bleibt, entsteht nach Ansicht dieses Herrn der Fabrik großer Schaden, daß aber durch das Abbrechen von Meißeln und Spiralschneidern, welche nach Vorschrift des Drehermeisters gehärtet werden müssen, ein bedeutend größerer Schaden entsteht, diese Berechnung könnte die Fabrikleitung einmal anstellen. Ein Bohrmaschinenist machte den Meister darauf aufmerksam, daß der Bohrer, womit er arbeiten solle einen Härteriß habe, trotzdem erhielt der Arbeiter M 2,50 abgezogen, als der Bohrer abbrach. So müthig wie Herr Sauer den Arbeitern gegenüber auftritt, scheint er es gegen die Vorgesetzten gegenüber nicht zu thun, sonst würde er sich Ausdrücke wie „Schlafmüde“ von Seiten des Herrn Wiersch nicht gefallen lassen. Vielleicht kennen die Dresdener Kollegen Herrn Sauer näher. In letzter Zeit sind öfter Entlassungen vorgekommen, ohne daß die Betreffenden einen Grund dazu erfahren konnten. Kommt der Arbeiter Mittags oder Abends an das Thor, so wird er vom Portier angehalten, in das Komptoir geschickt, wo er sein Geld und seine Entlassung erhält. Wird nach dem Grund gefragt, so heißt es: „Da müssen Sie sich an Ihren Meister wenden“; der ist aber gewöhnlich nicht zu

finden. Diese Handlungsweise schieben die dortigen Arbeiter auf das ausgeprägte Schmarogerthum, das sich in der Fabrik eingemistet hat, und das auch schwer ausgemerzt werden kann, da von der Geschäftsleitung Niemandem gesagt wird, ob er verflächelt worden ist oder nicht. Auch eine Untersuchung anzustellen ist sie nicht geneigt. Sache der dortigen Kollegen wird es sein, sich mehr in Verhandlungen setzen zu lassen und Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu werden, dann könnten eventuell die Verhältnisse in etwas gebessert werden, mindestens wäre es möglich, einige Schwarzer zu entlarven.

**Grimmitzschau.** Berichtigung. In dem Bericht über die Landeskongress der Metallarbeiter Sachsens in Nr. 11 soll es nicht heißen, daß Schuster-Grimmitzschau für „fakultative“ sondern daß er für Arbeitslosenunterstützung gesprochen hat; für fakultative Einführung sprach der Delegierte von Zittau.

**Darmstadt.** In der Versammlung des D. M.-V. am 18. März erstattete Kollege Müller Bericht über die Kartellbildung. Speziell wurden die Lohnbewegungen der hiesigen Bauhandwerkerbranchen und der Brauer behandelt. Kollege Wurm erklärte, daß bei den im Bauhandwerk beschäftigten Metallarbeitern (Schlossern, Spenglern usw.) eben so schlechte Verhältnisse zu verzeichnen wären, wie bei den übrigen Bauhandwerkern. Es sei notwendig, daß unter den Bauhandwerkern, Spenglern usw. eine Agitation eingeleitet werde, um den Mißständen entgegenzutreten. Die übrigen Redner sprachen sich in gleichem Sinne aus und beantragte Kollege Distelhut eine 5gliedrige Kommission aus Bauhandwerkern und Spenglern zu wählen, die das Material sammelt, um in die Öffentlichkeit treten zu können. Diefem wurde einstimmig zugestimmt. Bei „Verschiedenes“ wurden Beschwerden über die Zeitungskolportage vorgebracht.

**Götha.** Die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen Vieles zu wünschen übrig. Wir haben uns in letzter Zeit mit den drei hier bestehenden Metallwaren-Fabriken befaßt, in denen zusammen 450 Arbeiter beschäftigt werden. In der ältesten Fabrik sind ca. 50 Klempner beschäftigt, wovon 12 organisiert sind. In dieser Fabrik existiert ein sog. Kontosystem. Ist ein Arbeiter eine Zeit lang dort, so ist ihm das Konto über den Kopf gewachsen, er weiß überhaupt nicht mehr, wenn die Woche um ist, was er verdient hat, oder was er ausgezahlt bekommt. Es gibt Klempner in der betreffenden Fabrik, denen 20 bis 25 Mark ausgezahlt werden; es gibt aber auch welche, die 800 bis 1000 Mark Konto haben; es gibt Arbeiter, die bei 60stündiger Arbeitszeit mit 13, 11, 8, 5, 3, auch mit Mk. 1,60 heimgehen müssen. Und da erlauben sich die Herrn Fabrikanten in auswärtigen Zeitungen Arbeiter bei hohen Akkordlöhnen zu suchen. — In der zweiten Fabrik muß der Arbeiter ein Schriftstück unterschreiben, wonach er, wenn er das Geschäft verläßt, innerhalb eines Jahres in ein zweites Geschäft, in dem die gleichen oder ähnliche Artikel gemacht werden, nicht in Arbeit treten darf; bei Zuwiderhandlung ist eine Konventionalstrafe von 100 Mk. festgesetzt. Es sind hier meistens Weißblechklempner in Akkord beschäftigt, wobei 8 bis 22 Mark verdient werden. Die dritte Fabrik zu Loben haben wir auch keine Ursache, da Lohn- und Arbeitsverhältnisse wohl dieselben sind wie in den übrigen. Wir möchten die auswärtigen Kollegen hiermit nur warnen, nicht so leicht auf den Reim zu gehen. — Die hiesigen Kollegen möchten wir hiermit an ihre Pflichten erinnern, daß sie die Versammlungen besser besuchen und nicht jeden Klümpel-Berein dem D. M.-V. vorziehen. Thue jeder seine Schuldigkeit, damit wir nicht hinter den anderen Gewerkschaften zurückbleiben und an unsere Fabrikanten mit Forderungen herantreten können.

**Güßrow.** In der Mitgliederversammlung am 11. März wurde der Bericht, der von Rostock auf der in Schwerin abgehaltenen Landeskongress erstattet wurde, einer herben Kritik unterzogen. Der Vertrauensmann erklärte dort bekanntlich, die Abrechnung nicht erledigen zu können, weil sämtliche Verwaltungsstellen ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen wären. Wenn der Vertrauensmann seinen Verpflichtungen gegen die Verwaltungsstellen im Allgemeinen so nachgekommen ist, wie der Verwaltungsstelle Güßrow gegenüber, so ist an seiner Thätigkeit Vieles zu rügen. So war es uns nicht möglich, einen Brief oder Karte über den Empfang von Geld, das wir ihm durch ein Mitglied hinübergeschickt hatten, zu erhalten. Und deshalb wurde von den Mitgliedern in der Versammlung beschlossen, keine Beiträge mehr zu zahlen, bis der Vertrauensmann seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Er wurde wieder brieflich aufgefordert, aber leider ist bis heute noch keine Antwort eingetroffen. — Auf der Konferenz am 15. Januar ist bekanntlich ein Antrag dahingehend angenommen worden, die Zahlstellen nochmals aufzufordern, ihrer Verpflichtung nachzukommen; aber bis heute ist uns noch keine Nachricht zugegangen. Sollen die Zahlstellen ihrer Verpflichtung gegen den Vertrauensmann nachkommen, so müssen sie auch von dem Vertrauensmann beanspruchen, daß er seiner Verpflichtung gegen sie nachkommt.

**Leipzig.** Die Aussperrung der Selbgießer, Dreher und Drücker bei Jäger und Rothe dauert fort. Zugang ist nach wie vor zu vermeiden.

**Münster i. W.** Am 6. März fand hier im Schützenhause eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, die von einigen Mitgliedern des Gewerkevereins der deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter zwecks Gründung eines Gewerkevereins, verbunden mit Krankenkasse, einberufen war. Die Versammlung war von etwa 40 Personen, größtenteils Mitgliedern des D. M.-V. besucht. Der Referent, Herr W. Nienkaffen aus Wittenberg, beschränkte sich auf das Verlesen der Statuten des genannten Vereins und sein Herr Kollege, welcher als Vorsitzender fungierte, ohne dazu gewählt zu sein, erging sich in Beschimpfungen und Verächtlichmachungen des D. M.-V., wobei er besonders den Anwesenden das „in Güte mit den Unternehmern regeln“ u. dgl. erbauende Dinge mehr empfahl. Mehrere Kollegen widerlegten unter dem Beifall aller Anwesenden die Ausführungen des Vorsitzenden und wiesen ferner alle Beschimpfungen energisch zurück. Dies brachte die Herren derartig in Harnisch, daß sie von „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ (schredlich) und von „Verhegung“ schwärmten. Die Herren scheinen sehr fleißig in König Stumm's Lexikon zu studieren. Als sich einige Kollegen nochmals zum Wort meldeten, wurde ihnen daselbe nicht mehr ertücht, indem „man“ betonte, daß nun genug über diesen Punkt gesprochen worden sei und „man“

zur Gründung einer Krankenkasse übergehen wolle. Aber siehe da! Alle Anwesenden verließen mit einem begeisterten Hoch auf den D. M.-V. das Lokal, das Bureau allein zurücklassend, welches nun Zeit hatte, über die erlittene Schlappe nachzudenken. Die Herren dürften jedenfalls mit der für sie traurigen Erfahrung nach Wittenberge zurückgereist sein, daß das sogenannte „Samentorn“ der Pirsch-Dunder'schen Harmoniebücherei auf sehr unfruchtbaren Boden gefallen ist und der Weizen der Herren Harmonieapostel hier in Neustadt nicht gedeihen wird.

**Münsterberg.** In der Laternenfabrik von Leonhard Kolb (Inh. Hans Seeger) sind am 28. März sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten wegen Nichtbewilligung der 58stündigen Arbeitszeit und eines Minimallohnes von 35  $\text{p}$  pro Stunde. Als die gewählte Kommission die Forderung vorlegte, erhielt sie den Bescheid, daß sämtliche momentan im Lohn befindlichen Arbeiter sofort entlassen würden, die übrigen aber erst ihren Akkord fertig machen müssen. Hierauf erklärten sich sämtliche Arbeiter solidarisch. Wir ersuchen den Zugang von Flaschnern, Metallbruckern und Schloßern streng fernzuhalten.

**Oggersheim.** Nach jahrelanger Mühe und Arbeit ist es den hiesigen im Vereine mit den Ludwigshafener Genossen gelungen, hier eine Organisation des D. M.-V. ins Leben zu rufen. Nachdem von den Ludwigshafener Genossen eine öffentliche Metallarbeiterversammlung auseraumt war, die einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte, meldete sich zu den meinten schon organisiert Gewesenen eine größere Anzahl zur Aufnahme. Bis jetzt dürfte die Zahl 40 überschritten sein und wird in allernächster Zeit die Gründung einer Verwaltungsstelle zu erwarten sein. Wächten doch die genannten hiesigen Metallarbeiter die günstige Zeit nicht vorübergehen lassen, ohne sich zu organisieren, eingebend des Wahrspruches: Getrennt sind wir nichts, vereinigt sind wir Alles. Was es bis jetzt beschämend für Oggersheim mit seinen mindestens 300 Metallarbeitern, nicht eine Zahlstelle des D. M.-V. zu haben, so möge jetzt Jeder seine Schuldigkeit thun und dem Verbandsbeitreten.

**Regensburg.** Am 18. März fand hier eine allgemeine Metallarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Zweck und Nutzen des D. M.-V. Kollege Häffel-Münsterberg als Referent entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit. Vor Eintritt in die Tagesordnung glaubten die überwachen den Beamten, ganz gegen ihre Gewohnheit, auch einmal ihre Schmeideigkeit beweisen zu müssen, indem sie an den Vorsitzenden die Aufforderung richteten, einen Minderjährigen aus der Versammlung zu weisen. Um allen Skandalitäten vorzubeugen, wurde dem Verlangen stattgegeben. Vom Vorsitzenden auf das Ungelegliche desselben aufmerksam gemacht, erklärten die Beamten, es „kunte“ in der Diskussion auf die bevorstehenden Landtagswahlen angespielt werden u. s. w. und sie mühten nach den Instruktionen ihrer Vorgesetzten handeln. Gegen dieses Vorgehen ist selbstverständlich Beschwerde erhoben worden. Im Verlaufe des Vortrages kamen auch drei Frauen in die Versammlung, auch diese mühten ausgewiesen werden. Bei „Verschiedenes“ sprach ein Kollege seine Verwunderung über das sonderbare Vorgehen der Behörde aus, indem sie in den früheren Versammlungen gegen die Anwesenheit von Frauen und Minderjährigen nichts einzutenden hatte. Im Schlußwort geißelte Häffel diese Handlungsweise, aus der deutlich hervorgehe, daß der Buchtbauskurs auch hier seinen Einzug zu halten beginne.

**Hiesla-Strchla a. d. Elbe.** Eine Versammlung der Metallarbeiter fand am Sonntag, den 12. März, in Strchla behufs Gründung einer Zahlstelle des D. M.-V. statt. Koll. Paack-Dresden wurde während seiner Ausführungen mit Beifall ausgezeichnet, was als ein Zeichen dafür gelten kann, daß unsere Mitglieder für eine Besserstellung einzutreten gewillt sind. In Strchla ist ein neues Eisenwerk, von dem die Kollegen Mann für Mann unserem M.-V. angehören. — Ein Kollege, der mit dem Meister dieses Werkes ein scharfes Wort geredet hatte, sollte das nun büßen, der Meister ließ den Chef des Werkes kommen. Dieser Chef sagte zu dem Kollegen, er solle sein Werkzeug zusammenpacken und die Fabrik verlassen. Auch sollte noch ein Kollege aufhören, der schon früher eine Differenz gehabt haben sollte. Darauf nahm der Kollege B. mit seinen noch arbeitenden Kollegen zu der Angelegenheit Stellung und meldete im Komptoir, daß auch der Kollege entlassen werden sollte, welcher sich als Denunziant auffpielt. Diesen wollte der Chef nicht entlassen, worauf sich sämtliche Arbeiter des Werkes solidarisch erklärten und die Arbeit niederlegen wollten. Man sah das erst für lächerlich an, aber als der Chef fragte, war eigentlich dem D. M.-V. angehört, so bekam er die Antwort, daß alle Arbeiter des Werkes in demselben seien, worauf die Kollegen das Komptoir einige Minuten verlassen mühten. Wieder herbeigerufen, erklärte der Chef, daß man sich einigen wolle, die beiden Kollegen sollten weiter arbeiten und man solle sich künftig recht gut weiter vertragen. Der Meister, der erst kaum ein Grüßen der Arbeiter für nötig hielt, grüßt die Arbeiter jetzt und so herrscht nun wieder gutes Einvernehmen der Arbeiter. Diesen Erfolg haben die Arbeiter unserer Organisation und ihrer Einigkeit zu verdanken. Wächten sich daran die Arbeiter des Eisenwerkes Hiesla ein Beispiel nehmen und muthig für unseren Verband eintreten, damit es auch hier möglich ist, daß einmal die Arbeiter ein Wörtchen über ihre Lage sprechen. Kollegen, agitirt, kärt Euerer Nebenkollegen auf über ihre Interessen; hinein mit ihnen in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Hob. Schreiber, Wilhelmstr. 4 in Hiesla.

**Stuttgart.** Der Meister bei der Firma Großpietsch ist nach oben mehr als höflich, nach unten aber das gerade Gegenteil. So befaß er vor kurzer Zeit dem Gehelung Becker, ein Stück Blech zu holen; als derselbe ein verkehrtes Stück brachte, bekam er von dem Meister eine Ohrfeige, daß er gegen eine Druckpumpe slog und eine Verletzung davontrug, welche seine Aufnahme in das Krankenhaus nötig machte. Betont muß hier noch werden, daß die Handlungsweise des Meisters bei der Firma für richtig befunden wurde. Diefie Firma hat es sich zur Aufgabe gemacht, über ihre Arbeiter zu wachen, daß sich keiner unterzieht, in den D. M.-V. einzutreten. Ab und zu fragt Herr Großpietsch die Arbeiter: „Sie sind wohl auch im D. M.-V.“ Diefier Herr scheint wohl begriffen zu haben, daß sich Verbandsmittglieder eine derartige Behandlung, wie sie in dieser Kesselfabrik Gebrauch

ist, nicht gefallen lassen. Die Hilfsarbeiter erhalten da die Stunde 27  $\text{p}$ . Auf Montage werden die Arbeiter zu Ueberstunden gezwungen und erhalten für diese 21—22  $\text{p}$ . Das nicht will, fährt nach Hause — auf eigene Kosten natürlich — und kann dann seine Papiere gleich mitnehmen. Kesselfabrik Stettin's! Wir rufen Euch zu: Organisiert Euch, tretet Mann für Mann in den D. M.-V., um mit diesen Zuständen gründlich aufräumen zu können. Herr Großpietsch wird darum keinen entlassen, er ist zufrieden, daß er Kesselfabrik hat. Ihr seid es Euch selbst, aber auch den Behrlungen schuldig, durch festen Zusammenschluß eine bessere Behandlung zu erzwingen.

**Stettin.** Am 12. März hielt die Verwaltungsstelle Stettin des D. M.-V. eine Hauptversammlung sämtlicher Bezirke im „Englischen Garten“ ab. Den Kassenbericht über das 4. Quartal erstattete Kollege Schönemann. Der Bericht wurde für richtig befunden. Als Bevollmächtigter wurde August Grube einstimmig gewählt. Ueber den Ausstand der Feilenhauer Stettins erstattete Kollege Kirstein Bericht, er legte die Gründe, welche zu dem Ausstande führten, den Anwesenden klar vor Augen; durch die Einigkeit der Feilenhauer sei der Sieg auf Seite der Arbeiter zu verzeichnen. Bei „Verbandsangelegenheiten“ erstattete Lübe Bericht über unsere Bibliothek. Die Einnahme betrug  $\text{M}$  98,20, die Ausgabe  $\text{M}$  31,85, Bestand 66,35. Kirstein kritisiert scharf die Lauheit, welche im 2. Bezirk eingerissen und hofft, daß die Kollegen, welche ihm angehören, in Zukunft demselben mehr Aufmerksamkeit widmen wie bisher. Schönemann stellt den Antrag: „Die Bezirksversammlungen nicht mehr im „Generalanzeiger“, sondern nur einmal im „Volksboten“ zu inserieren.

**Schläger.**

**Tschhausen.** (Sektion der Schläger.) In der am 12. März abgehaltenen Mitgliederversammlung, welche sehr gut besucht war, stand auf der Tagesordnung: Zweck und Nutzen der Organisation; Lohnbewegung. Ueber den ersten Punkt referierte Kollege Stahl aus Augsburg, welcher den Anwesenden durch ein reiches Material nachwies, wie notwendig es ist, bei den heutigen Verhältnissen sich zu organisieren. Redner führte mehrere Errungenschaften der Gewerkschaften an, indem er darauf hinwies, daß es schon von großem Vortheil ist, wenn an einem Orte eine gewisse Organisation besteht, weil letztere für das Unternehmertum ein Hemmschuh ist in der Ausbeutung der Arbeiter. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Bei „Lohnbewegung“ schilderte Kollege Varr die heutigen Schlägerverhältnisse. Dieselben seien in den letzten Jahren nicht die besten geworden, weil das Rohmaterial von Zeit zu Zeit geringer und die fertige Waare von Seite der Fabrikanten immer besser verlangt wird. Nachdem noch mehrere Kollegen die heutige Lage der Schlägerei kritisierten, traten sofort 12 Gehilfen unserer Sektion bei. Am Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, jede Versammlung zu besuchen, weil man nur dann etwas Ersprießliches erzielen kann, wenn man sich kollegial verständigt, wodurch das gegenseitige Vertrauen gestärkt wird.

**Feilenhauer.**

**Chemnitz.** Am 21. März legten sämtliche in der Werkstatt des Herrn Keimling beschäftigten Arbeiter (4 Feilenhauer und 1 Schleifer) nach vorhergegangener Kündigung die Arbeit nieder. Im Mai 1896 wurde ein Akkordtarif zwischen Meistern und Gesellen vereinbart, nach welchem  $\text{R}$ . bisher nicht bezahlte. Die Arbeiter fordereten daher Bezahlung nach dem Tarif, was er auch bewilligte. Da er aber die bessere Arbeit (Schlichtfeilen) in Stundenlohn hauen ließ, verlangen die Arbeiter entweder 45  $\text{p}$  Stundenlohn (bisher 40  $\text{p}$ ) oder die Schlichtfeilen in Akkord hauen zu lassen.  $\text{R}$ . will aber nur 42  $\text{p}$  pro Stunde bezahlen und die Schlichtfeilen nicht in Akkord geben. Zu bemerken ist noch, daß es nichts Neues ist, daß Differenzen bei  $\text{R}$ . ausbrechen. Als die Gehilfen Herrn  $\text{R}$ . darauf aufmerksam machten, daß er niedrigere Akkordfüge zahle als andere Meister, erwiderte er: „Wenn Sie mir es schriftlich bringen, dann bezahle ich es auch.“ Ein Gehilfe frug nun in einer größeren Werkstatt an, was dort bezahlt würde; der betreffende Meister erwiderte ihm: „Meister  $\text{R}$ . weiß ganz genau, daß wir nach dem Tarif bezahlen.“ Einmal sagte ihm einer seiner Arbeiter, daß es doch keinen guten Eindruck mache, wenn sich die Gehilfen in Versammlungen immer mit der  $\text{R}$ .lichen Werkstelle befaßten mühten. Darauf erwiderte er: „Geht doch nicht in die Versammlung.“ Als die Arbeiter seine Wohnung verließen, sagte  $\text{R}$ .: „Wer wieder anfangen will, soll es bald thun (das heißt für den bisherigen Lohnsatz), wenn es aber zu lange dauern würde, mühte er andere Leute einstellen.“ Dies wird er aber nur können, wenn sich Arbeiter bei ihm anbieten. Da aber hiesige Feilenhauer nicht zu haben sind, so ist es Pflicht der auswärtigen Kollegen, Chemnitz jetzt zu meiden, dann wird es nicht lange dauern, bis  $\text{R}$ . diese Forderung, welche selbstverständlich ist, bewilligt. Von den Ausständigen sind vier verheiratet, einer ist ledig.

**Münsterberg.** Eine Quittung darüber, daß ein richtig geführter Arbeitsnachweis der Arbeiter dem Unternehmertum ein Dorn im Auge ist, beweist uns der Artikel des Feilenindustriellenorgans „Messer und Feile“ vom Januar 1899, in dessen Besitz wir jetzt erst gelangten. Der Feilenhauermeister  $\text{W}$ . hat versucht, unter Umgehung des hiesigen Feilenhauerarbeitsnachweises sich einen Gesellen zu verschaffen. Da diese Handlungsweise gegen die Abmachungen ist, die zwischen den Gehilfen und Meistern bezüglich des Arbeitsnachweises getroffen sind, so schrieb der Bevollmächtigte der Allg. Zahlstelle des D. M.-V. einen Brief, in dem er die Adresse des Arbeitsnachweisführers bekannt gab und den Herrn auf die Folgen, welche die Umgehung des Nachweises nach sich zieht, aufmerksam machte. Der Brief hat verhältnis. Die Herren sandten den Brief an ihr Organ „Messer und Feile“ und spezialten über „Arbeiterterrorismus“. Wenn den Herren es als Terrorismus erscheint, daß die Arbeiter ihre Rechte zu wahren suchen, so quittieren wir einleitweisen ihren Aergre. Wir empfehlen den Herren, für die Zukunft ihre Abmachungen einzuhalten, dann versprechen wir ihnen, sie mit dertartigen Briefen zu verschonen.

## Rundschau.

**Zur Auslegung des Vereinsgesetzes.** „Es wird hiermit bestätigt, daß am heutigen Tage eine auf Donnerstag, den 16. März 1899, Abends 6 1/2 Uhr, im Hafelaubischen Lokal festgesetzte Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Berlin S., Unterstr. 39, angemeldet ist. Hierbei wird bemerkt, daß Frauenpersonen, Lehrlinge und Schüler an der Versammlung nicht teilnehmen dürfen, und daß dieselbe gemäß § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 aufgelöst werden würde, wenn der Aufforderung des überwachenden Polizeibeamten zum Verlassen solcher Personen keine Folge gegeben werden sollte.“  
Obf. Coepnick, den 15. März 1899.  
Der Amtsvorsteher  
ge. Kottmeier.

3. Nr. O 1123.

Vorsteher des Besheimigungsamt ging dem Bevollmächtigten der Berliner Verwaltungsstelle zu im Jahre des Heils 1899. Kommtar überflüssig. — Um für die Zukunft Viehliches vermieden zu sehen, ist durch den Bevollmächtigten der Amtsvorstand auf das Unzutreffende seiner Auslegung des Vereinsgesetzes unter Beifügung eines Verbandsstatuts aufmerksam gemacht worden.

**Das Vereinsrecht der Berufsvereine** betrifft ein beim Reichstag eingegangener Antrag Bölsche-Pachnide, der dahin geht, die Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen 1) den zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen Rechtsfähigkeit verliehen wird, wenn sie den §§ 50 bis 60 des Bürgerlichen Gesetzbuchs genügen; 2) den im § 152 der Reichsgewerbeordnung erwähnten Vereinigungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet wird, ihre Bestrebungen zum Zwecke der Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderungen der Gesetzgebung zu richten und mit einander in Verbindung zu treten.

„Es will nicht mehr recht ziehen.“ Unter dieser Epigramme drückt die „Eisen-Ztg.“ ein Stückchen aus dem Tätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg und Pommern ab, und zwar das Stückchen, welches den Rückgang der Mitgliederzahl in Brandenburg, Stettin, Rathenow, Cöpenick und Rauchhammer erklärt. Von diesem Stückchen läßt das Kapitalistenorgan aber noch alles fort, was ihm nicht in den Kram paßt, nämlich daß der Geschäftsgang in der Fahrradindustrie und Uebreise vielfach Ursachen des Rückganges sind, und daß Bezug genommen wird auf andere Artikel in der „M.-Ztg.“ Von der Zunahme an anderen Orten, von den Neugründungen schweigt das Organ und fügt hinzu:

„Man sieht, die Arbeiter fangen selbstständig an zu denken, und wollen nicht mehr den Agitatoren, die sie in Streik geholt haben, blindlings folgen.“

Wir beneiden fast das edle Organ der Eisenkapitalisten um solchen Optimismus. Was Feedermann von uns ohne Weiteres so klar ist, daß es erst gar nicht erwähnt wurde, nämlich daß die Abnahme auf den Bezirk sich bezieht, daß von den „Verlusten“ wohl 300—400 (besonders aus Stettin) abgereift sind, also in anderen Bezirken in den Mitgliederlisten geführt werden, stellt sich die „Eisen-Zeitung“ als wirklichen Verlust vor, und meint: „Es will nicht mehr recht ziehen.“

Und kann's ja recht sein, wir sind bei solchen Bahnvorstellungen der Segner immer noch am besten gefahren!

Ein **deutscher Bauarbeiter-Kongress** fand vom 19. bis 21. März in Berlin statt, zu dem 315 Delegierte aus 16 Gewerkschaften abgeordnet waren. Hauptpunkte der Tagesordnung waren der Bauarbeiter und das Submissionswesen, die Unfallgefahren und die sanitären Missstände im Baugewerbe etc. Wir kommen in nächster Nummer auf den Kongress ausführlicher zurück.

**Die Lage des Arbeitsmarktes** hat sich seit Anfang Februar noch weiter verbessert. Die letzte Hälfte der Geschäftskonjunktur, die schon im Januar zu verzeichnen war, hat nach der Berliner Zeitschrift der „Arbeitsmarkt“ im Februar einen kaum glaublichen Grad erreicht. Die Ziffern der Arbeitsnachweisverwaltungen weisen gegen den Vormonat sowohl wie ganz besonders auch gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres einen erheblichen Rückgang der Arbeitstendenzen nach. Im Monat Februar 1898 kamen auf 100 offene Stellen 134,2 Arbeitsuchende, im Januar dieses Jahres 131,6, dagegen im Februar dieses Jahres nur 111,1. Ein solcher Feststand des Angebotes Arbeitsuchender ist bisher einzig dastehend. Von 58 Arbeitsnachweisen weisen im Vergleich zum Februar vorigen Jahres nicht weniger als 41 (+ 1 ausländischer) eine Abnahme und nur 14 (+ 2 ausländische) eine Zunahme des Andrages auf.

**Die Mitgliederbestände der Frankenkassen** zeigen vom 1. Februar auf 1. März ein ungemein starkes Anwachsen. Die absolute Zunahme beträgt in dem einen Monat bei einer Berichtserstattung, die sich auf rund 675,000 Arbeiter erstreckt, annähernd 9000 gegen nur 5000 im Vorjahr. Prozentual beträgt die Zunahme 1,4 Prozent im laufenden Jahre gegen nur 0,8 Proz. im Vorjahre. Für die einzelnen Städte und Gewerbe liegen die Verhältnisse, wie aus der in der Berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlichten Uebersicht hervorgeht, verschieden. Am stärksten zugenommen im Vergleich zum Vorjahr hat der Mitgliederbestand in Chemnitz, in Mainz und in Wiesbaden, während Berlin und Charlottenburg unter dem Durchschnitt stehen. Die Branchen des Baugewerbes zeigen überall eine erheblich stärkere Zunahme der Beschäftigten wie im Vorjahre; die der Metallindustrie in Mainz eine Zunahme, die des Vorjahr übersteigt, in Berlin dagegen bei den Maschinenbauarbeitern wie den Klempnern ein Rückgang. Stark zurückgegangen ist prozentual die Zahl der im Handwerksberufe Beschäftigten. Doch können die letzterwähnten ungenügenden Beziehungen in einzelnen Gewerben das günstige Gesamtverhältnis in keiner Weise trüben.

**Arbeiter-Frage.** Nach mehrwöchentlichem Kampfe mit der gesamten Berliner Arbeiterschaft hat der Verleger des „Berliner Lokal-Anzeiger“, Herr Scherl, der 24 Mitglieder des Bauarbeiterverbandes eingeschrieben hatte, Vermittlung angenommen und in einer Vereinbarung mit den Vertretern des genannten Verbandes das Qualifikationsrecht der

Arbeiter anerkannt und zugestanden, daß er bis zu 30 Mitglieder desselben in seiner Druckerei beschäftigen will. Damit ist wieder ein Stimm besieg. Aber es ist jedenfalls ein Schaden von vielen Tausenden, der den hochmüthigen Kapitalisten zur Kapitulation zwang. Der „Vorwärts“ berichtete schon vor längerer Zeit von einem Verlußt von 50,00 Abonnenten, den der „Lokal-Anz.“ erlitten. — In Tuttlingen errangen endlich die circa 2000 Fabrikarbeiter macher den Beschäftigten, um den sie seit Jahren kämpften. Auf den Streik in der einen Fabrik antwortete der Fabrikant mit der Kündigung in allen andern Fabriken. Der Vermittlung des Fabrikinspektors Hochstetter gelang es jedoch, die Fabrikanten zur Nachgiebigkeit insofern zu veranlassen, als der Beschäftigten nicht sofort, sondern am 1. Juli in Kraft treten soll, also in einem Vierteljahr. Wir gratulieren den Arbeitern an beiden Orten zu ihren schönen Erfolgen.

**Darmstadt.** Eine Frau am Umbos. Auf dem Gute Karlsdorf bei Darmstadt, das seine eigene Schmiede hat, wird eine weibliche Person als Zuschläger beschäftigt. Dieselbe muß den Tag über den Blasbalg ziehen, Hitze machen und Zuschlagen. Welchen Lohn dieselbe für die harte Arbeit erhält, konnte Schreiber dieses nicht ermitteln. Daß es nur ein Hungerlohn sein kann, erklärt sich aus der Thatsache der Beschäftigung einer weiblichen Person bei solcher Arbeit.

## Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. W. Dieb's Verlag) ist soeben das 26. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Im Fickel. — Pariser Theater. Von Dr. Felicie Rosig-Proschnik. — Der Alkoholist. Von Dr. M. Südem. — Zur Arztfrage bei den Krankentassen. Von Eduard Graf. — Fortschritte in Argentinien. Von German Ueb-Kallemant. — Litterarisches Rundschau. — Feuilleton: Wenn die Wildgänse ziehen. Eine skizzierte Erzählung von Henri Pontoppidan. (Schluß.)

## Verbands-Anzeigen.

### Mitglieder-Versammlungen.

**Ashaffenburg.** Samstag, 8. April, Abends 8 Uhr, im „Bayerischen Hof“. — Ausgabe der Eintrittskarten für das Stützungsfest.

**Jugsburg.** Samstag, 8. April, Abends 8 Uhr, im „Blauen Hof“. Vortrag.

**Barmen.** Am 4. April

**Bergsdorf.** Sonnabend, 8. April, Kartellbericht. Abrechnung. Erledigung der zurückgestellten Punkte.

**Berlin.** Vertrauensmännerkonferenzen: Für **Moabit:** Sonnabend, 8. April, bei Sieder, Benjesstr. 9. Die Konferenz für den **Norden** findet am 8. April nicht statt. Am Mittwoch, 12. April, findet in den Armirenhallen, Kommandantenstr. 20, eine allgemeine Vertrauensmännerkonferenz für alle Bezirke statt, in welcher Bericht über die Generalversammlung in Halle a. S. erstattet wird.

**Giebrich.** Am 8. April

**Bitterfeld.** Am 16. April in Delzners Restaurant.

**Bremerhaven.** Am 8. April

**Hüßeldorf.** (Sektion der Former.) Jeden 2. Montag im Monat, Abends 8 Uhr, bei H. Ehlers, Neu-Hüßeldorf.

**Gausstatt.** (Sektion der Former.) Samstag, 1. April, Abends 8 Uhr, im Lokal. Die Mitglieder in den hiesigen Giebereien. Majfeier.

**Cottbus.** Sonnabend, 1. April, keine Versammlung. Nächste am 15. April, Abends 8 Uhr, bei Giesl.

**Darmstadt.** Jeden 1. und 3. Samstag im Monat in der Stadt Nürnberg, Obergasse 38.

**Dortmund.** (Sektion der Klempner.) Samstag, 8. April, Abends halb 9 Uhr, bei Kredel, Mühlentstr. 1. Vortrag des Kollegen Gärtner über: Gewerbebegierde.

**Duisburg.** (Allgem.) Sonnabend, 8. April, Abends halb 9 Uhr, im „Hof von Holland“.

**Duisburg.** (Sekt. der Feilenhauer.) Samstag, 8. April.

**Hüßeldorf.** (Allg.) Samstag, 1. April, Abends halb 9 Uhr, bei Brewor, Leopoldstr. 34. Majfeier.

**Essen.** (Sektion der Klempner.) Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. bei Wirsching, Allerheiligenstr. 6.

**Essen.** (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 15. April, bei Meute, Kaponnenallee 68.

**Frankfurt a. M.** (Allg.) Samstag, 1. April, Abends halb 9 Uhr, im „Erlanger Hof“. Vortrag.

**Freiburg i. B.** (Allg.) Samstag, 1. April, Abends 8 Uhr, bei Schwanke.

**Gießen.** Dienstag, 4. April, Vormittags 10 Uhr, Einziehung der Beiträge.

**Hannover.** (Sekt. der Schmiede.) Sonnabend, 8. April Abends halb 9 Uhr, bei Hjene, Kadenmacherstr. 1.

**Karlsruhe.** (Allgem.) Samstag, 1. April, Abends halb 9 Uhr, bei Kaludach.

**Karlsruhe.** (Sekt. der Schmiede.) Samstag, 1. April, Abends halb 9 Uhr, in der „Güte“, Augartenstraße.

**Kiel.** (Sektion der Klempner.) Dienstag, 4. April, Abds. halb 9 Uhr, bei A. Ahrens, alte Reihe 8.

**Mehlis.** Sonntag, 16. April, im „Lindenhof“.

**Merseburg.** Am 2. April keine Versammlung.

**Nürnberg.** (Sektion der Schmiede u. v. v. v. v.) Samstag, 8. April, im „Jammersthal“. Quartalsberichtsverwaltung. Berichtserstattung von der Generalverwaltung in Halle.

**Oelsnitz i. B.** Am 8. April im „Bergschlösschen“.

**Offenburg.** Samstag, 8. April, Abends 8 Uhr, im „Schützen“.

**Pforzheim.** Samstag, 1. April, Abends halb 9 Uhr, im „Goldnen Löwen“. Vortrag (Schluß von): Seelenkult.

**Rosbach.** Sonnabend, 8. April, in der „Barnowhalle“.

**Stralsund.** Sonnabend, 15. April, Abends halb 9 Uhr, bei Joh. Strand.

**Weimar.** Sonnabend, 8. April.

**Ashaffenburg.** Samstag, 22. April, Abends 8 Uhr, Stützungsfest im Saale der Brauerei Wurstlender, bestehend in Konzert und Tanz.

**Jugsburg.** Der Mechaniker Christian Prägiger, B.N. 172,246, geb. 15. März 1879 zu Alalen, eingetr. am 1. April 1898 zu Ortheim, wird hiermit aufgefordert, den von der Bibliothek entnommenen „Pflasterstein“ retour zu senden.

**Berlin.** Sonnabend, 1. April, ist das Bureau Nachmittags geschlossen. Dienstag, 4. April, ist das Bureau nur Vormittags von 9—1 Uhr für Verwaltungsangelegenheiten geöffnet. Der Arbeitsnachweis ist geschlossen.

Unsere Mitglieder in **Aldersdorf** zur Kenntniß, daß der Kollege H. Mahlig jeden Sonnabend Abends von 8—9 Uhr im Lokal des Herrn Schmauser, Bismarckstr. 16, an den übrigen Tagen in seiner Wohnung, Bismarckstr. 47a, kassiert.

Den Mitgliedern in **Ober- und Niederschönweide** geben wir bekannt, daß daselbst bei John, Niederschönweide, Siemensstr. 2, eine Zahlstelle errichtet worden ist.

**Darmstadt.** Beschwerden betr. Zustellung der Zeitung sind bei dem Kassier Johannes Wolf, Parkußstraße 10, anzubringen.

**Hüßeldorf.** Ungiltig, weil verloren, ist das Mitgliedsbuch des Schmiedes Robert Schmuder, geb. 3. Jan. 1855 in Gleiwitz, eingetreten am 15. August 1895 in Dramienburg.

**Herford i. W.** Gemant wird vor dem Schlosser Fritz Knopf, geb. zu Herford am 22. Oktober 1881. Er hat sich unter falschen Vorpiegelungen ein Mitgliedsbuch mit 6 Wochenbeiträgen ausstellen lassen und, ohne zu bezahlen, sofort damit das Weite gesucht. Er soll sich zur Zeit in Kalk 6, Köln aufhalten.

**Ludwigshafen.** Der Former Joseph Brugger, geb. 1. Januar 1877 zu Wingenheim, wird behufs Zustellung seines Verbandsbuches um Angabe seiner Adresse ersucht.

**Oldesloe.** Die hiesige Ortsverwaltung ersucht um Angabe der Adresse des Feilenhauers Heinrich Beckensneider, geb. zu Hoppesdorf am 27. August 1847.

**Plauenscher Grund.** Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Paul Lohse, Potzdammstr., Albertstr. 8.

**Weimar.** Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Max Kärger, Zeugschmied, Raststraße 10.

## Öffentliche Versammlungen.

**Duisburg.** (Sektion der Feilenarbeiter.) Am 9. April Öffentliche Feilenarbeiter-Versammlung. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskartell.

**Hienburg a. S.** Sonntag, 16. April, Nachmittags 3 Uhr, in der „Grünen Tanne“, öffentliche Versammlung.

**Stralsund.** Freitag, 14. April, Abends halb 9 Uhr, im Lokal des Herrn Foth, Frankendamm, Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Referent: Genosse Rudolf-Erfurt.

## Zentral-Arbeitsnachweis der Feilenarbeiter Deutschlands, Stuttgart, Neckarstraße 160, I.

Bei Gesuchen um Zuweisung von Arbeit ist **Vor- und Zuname, Geburtsort, Alter und Familienstand** (ob ledig oder verheiratet), sowie die Art der bisherigen als auch der gewünschten Arbeit anzugeben.

**Gesucht:** für Nord- und Süddeutschland mehrere tüchtige Feilenhauer auf große, mittlere und kleine Arbeit, auch Stellen für jüngere Arbeiter frei.

Unter den obigen Befanden befinden sich einige dauernde Stellen.

**Arbeit sucht ein Feilenhauer.**

Soeben erschien im Selbstverlag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart:

## Die Lage der Schwarzwälder Uhrenarbeiter

nach den Erhebungen der Agitations-Kommission der Schwarzwälder Uhrenarbeiter in Schwemningen im März 1898.

Preis 30 Pf. Nur gegen Einzahlung des Betrages und Porto (5 Pf.) zu beziehen durch den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Stuttgart, Neckarstraße 160.

## Privat-Anzeigen.

### Tüchtige Silberarbeiter,

Monteur auf Pressungen finden bei gutem Lohn dauernde Stellen.

Martin Mayer, Mainz.

### Ein Feinmechaniker

der auf Durchsöhre (franz. Schnitte), Gärten, Fräsen etc. gut eingearbeitet ist, findet bei hohem Lohn dauernde und selbstständige Stellung.

51] Martin Mayer, Mainz.

## Riesa Robert Schreiber Riessa

Wilhelmstraße 4, vis-à-vis Hotel Kaiserhof empfiehlt den werthen Kollegen zu den bevorstehenden Feiertagen gute Marken Cigarren und Cigaretten.

Rob. Schreiber

52] Riessa, Wilhelmstraße 4.

Dahelbst Aufnahmeestelle des Deutschen M.-Verbandes.